

Renate Genth/Elmar Altvater

Politische Konzeptionen und Schwierigkeiten der KPI in der Krise – ein Aufriß von Problemen einer Strategie der Arbeiterbewegung (I)

I. Gefahren und Chancen für die Arbeiterbewegung Westeuropas in der Krise

Das Bürgertum versucht die gegenwärtige weltweite Krise nicht nur als einen ökonomischen „Bereinigungsmechanismus“ einzusetzen, sondern damit gleichzeitig auch politisch seine Herrschaft zu festigen, indem der Einfluß der Organisationen der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Parteien, autonome Gruppen) zurückzudrängen versucht wird. Die Offensive der Arbeiterbewegung ist nach einer in der zweiten Hälfte der 60er Jahre beginnenden Phase harter Kämpfe der Arbeiter und breiter Massenbewegungen (der Studenten, der Jugendlichen generell, der Frauen, von Bürgerinitiativen) ins Stocken geraten. Die erkämpften Errungenschaften (Verbesserungen des Lebensniveaus, Kontrollrechte über die Produktion, manche gesellschaftliche Reformen, Veränderungen im politischen Klima vieler Länder zugunsten der Linken) sind von der Gegenoffensive der Bourgeoisie bedroht. Daher müssen die Organisationen der Arbeiterbewegung alle Anstrengungen unternehmen, um aus der Abwehr der Krisenfolgen heraus positive Formen gesellschaftlicher Machtentfaltung zu entwickeln. Dies scheint uns die entscheidende Aufgabe der Arbeiterbewegung überall in Westeuropa zu sein, und daraus ergeben sich auch die gemeinsamen Bezugspunkte einer „Strategie der Arbeiterbewegung in Westeuropa“ (1). Die Krise enthält ja nicht nur die Möglichkeit einer unter Umständen verzweifelten Niederlage der Arbeiterbewegung und der demokratischen Massenbewegung wie in Deutschland nach der Weltwirtschaftskrise 1933 oder wie in Chile 1973, sondern auch die Chance für die Durchsetzung alternativer Vergesellschaftungsformen im Interesse der Arbeiterklasse. Dies ist unsere Hauptthese, die wir am italienischen Beispiel untersuchen wollen.

Wie auch in den anderen Ländern Westeuropas läßt der Prozeß der Krise die „politische Landschaft“ nicht unbeeinflusst. Die politische Rechte formiert sich: in England die Konservativen unter Thatcher; in Frankreich die Gaullisten unter Chirac; in der BRD entwickelt sich ebenfalls eine deutliche Tendenz zu einer rechten Sammelbewegung, die gegenwärtig allerdings kaum das bestehende Parteiengefüge zu zerbrechen braucht, vielmehr in ihm die besten Entfaltungsmöglichkeiten hat; in Italien hat Ende 1976 die Affäre De Carolis klar gemacht, daß sich auch innerhalb der Christdemokraten ein Flügel mit der politischen Perspektive einer autoritären „Lösung“ der Krise herausbildet. Die Gefahr faschistischer Entwicklungen – dabei kann es sich auch um einen „Faschismus ohne Massenbewegung“ nach lateinamerikani-

1 In diesem Zusammenhang wäre der Begriff des „Eurokommunismus“ zu diskutieren als eine Strategie der westeuropäischen Arbeiterbewegung in der Krise. Wir werden am Schluß unseres Beitrags darauf noch zurückkommen.

schem Muster handeln – ist in Westeuropa nach dem Zusammenbruch der faschistischen Regime in Portugal und Griechenland und tendenziell auch in Spanien keineswegs für alle Zeiten gebannt. Daher kommt es für die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die politischen Linksgruppen bzw. -parteien, darauf an, nicht nur die unmittelbaren Auswirkungen der Krise und der bürgerlichen Krisenvermeidungspolitik zu bekämpfen, weil damit die materiellen Bedingungen von Arbeit und Reproduktion der Arbeiterklasse verschlechtert werden, sondern auch die politischen Transformationen in Richtung auf einen autoritären Staat oder gar faschistische Abenteuer abzuwehren. Eine Abwehr dieser Tendenzen kann aber nicht gelingen, wenn sie bloß als Erhaltung des gesellschaftlichen status quo, als bloße Verteidigung der Demokratie, verstanden wird. Sie erfordert vielmehr die Entwicklung positiver und realistischer, d. h. mit den Erfahrungen aus den Kämpfen der letzten Jahre vermittelter, Alternativen.

Es kommt demzufolge darauf an, wie der immanente und widersprüchliche Zusammenhang von Reform und Revolution in einer speziellen Situation, in der weltweiten Krise nämlich, konkret formuliert wird. Reformen sind im Sinne der Arbeiterbewegung Momente der sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie dagegen versucht in der Prosperität Reformen als Integrationsmittel kapitalistisch zu funktionalisieren, damit sie dabei ihren emanzipatorischen Gehalt verlieren. In der Krise ergibt sich eine andere Gefahr. Sofern das kapitalistische Modell der Akkumulation nicht einfach über den Haufen geworfen werden kann, werden mit Reformen auch die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung der Kapitalakkumulation zu schaffen versucht. Dies ist die materielle Voraussetzung für ein gemeinsames Interesse von Arbeiterklasse, Mittelschichten und Teilen des Kapitals an Reformen des Systems, also für die Möglichkeit der Errichtung eines relativ breiten „reformistischen Blocks“ (2). Daher haben es die Organisationen der Arbeiterbewegung in der Krise nicht nur damit zu tun, erstens die autoritären „Lösungsstrategien“ der Krise ernsthaft und konzentriert zu bekämpfen, zweitens Reformen als Momente im Prozeß der sozialen Emanzipation zu konzipieren und nicht nur als bloße Verbesserungen der Lebenssituation der Arbeiterklasse (obwohl dies zumindest in der Krise nicht wenig ist) zu verstehen, sondern drittens auch damit in dem breiten reformistischen Block, der ja von Teilen der Kapitalistenklasse bis zur Arbeiterklasse reicht, eine *hegemoniale Position* zu erreichen und zu bewahren. Eine Diskussion von Reformstrategien muß also die zu lösenden und sich nicht zuletzt auch aus der Krise ergebenden Aufgaben formulieren, sie muß die Klassenbasis von Interessen an Reformprogrammen berücksichtigen und eine entsprechende Bündnisstrategie entwickeln.

Aus diesen noch allgemeinen Bemerkungen ergibt sich die Gliederung unserer Darstellung. Um die Schwierigkeiten der Politik der KPI in der gegenwärtigen Krise wirklich diskutieren zu können, müssen die Ursachen und Erscheinungsformen der Krise in Italien, die politischen Traditionen und Erfahrungen der Arbeiterbewegung und insbesondere der KPI, und die politischen Machtverhältnisse in der italienischen

2 Vgl. dazu den Aufsatz von Lucio Magri, Spielraum und Rolle des Reformismus, in: Rossana Rossanda, Lucio Magri u. a., Der lange Marsch durch die Krise, Frankfurt 1976, zuerst erschienen in Il Manifesto vom 26.4.1973

Gesellschaft und im internationalen Rahmen – denn keine Bourgeoisie verteidigt sich nur mit ihren nationalen Kräften; die Politik der KPI hat es immer mit der Gesamtheit des „westlichen Bündnisses“ zu tun – herausgearbeitet werden. Dies soll ansatzweise in den folgenden Ausführungen geschehen. Die ausführlichere und unter Umständen auch kontroverse Darstellung von hier vernachlässigten Aspekten ist weiteren Veröffentlichungen vorbehalten (3).

II. Die Wirtschaftskrise in Italien

Die Angriffe des Kapitals und des bürgerlichen Staates auf die materiellen Errungenschaften der Arbeitermassen kleiden sich in allen westeuropäischen Ländern in die Forderung nach einer wirksamen Senkung der sogenannten Lohnstückkosten (4), um die Investitionen der Wirtschaft anzuregen, die Konkurrenzfähigkeit des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt zu verbessern und die Inflationsrate herunterzuschrauben. Eine Senkung der Lohnstückkosten in der Krise bedeutet, wenn nicht unbedingt eine absolute Senkung der Reallöhne (obwohl gerade dies sowohl in Italien als auch in Großbritannien oder der BRD passiert ist), so doch eine Begrenzung der Steigerungsrate. Dies kann nicht anders zustandekommen als durch eine Disziplinierung der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, sofern nicht der Druck der industriellen Reservearmee von Millionen Arbeitslosen dazu schon ausreicht. Den Gewerkschaften und Arbeiterparteien geht es zunächst einmal darum, diesen Disziplinierungsdruck abzuwehren. Aber damit ist es keineswegs getan. Denn sie müssen auch politische Konzeptionen entwickeln, wie denn auf anderem Wege als durch bloße Lohnkostensenkung die Krise überwunden werden kann. Hier liegen denn auch die eigentlichen Schwierigkeiten einer jeden Strategie der Arbeiterbewegung. Während in der BRD die Gewerkschaften bislang außer keynesianischen Programmen kaum politische Alternativen zur Politik des Staates entwickelt haben, setzen in Italien sowohl die Gewerkschaften als auch die KPI der Politik der Senkung der Lohnstückkosten durch Kapital und Regierung ein Reformprogramm entgegen, mit dem beansprucht wird, das „alte Akkumulationsmodell“ abzulösen und durch eine neue Entwicklungsperspektive zu ersetzen (5). Viele der propagierten Reformen erscheinen

3 Dieser Aufsatz verdankt sich auch den regelmäßigen Diskussionen in einem Italien-Arbeitskreis in Westberlin. Die von uns hier vertretenen Positionen verantworten wir selbstverständlich allein. Mit diesem Aufsatz wollen wir nicht zuletzt eine Diskussion über einige von uns als zentral eingeschätzte Fragen auch für die westdeutsche Linke anregen.

4 Die Lohnkosten je Produkteinheit oder auch Lohnstückkosten ergeben sich als Relation zwischen dem Bruttoeinkommen aus Lohnarbeit je Lohnarbeiter und dem Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Sie stellen also die Relation zwischen durchschnittlichem Bruttolohn und Produktivität der Arbeit dar. Da in der Statistik das Durchschnittseinkommen aus Lohnarbeit in laufenden, die Produktivität aber in konstanten Preisen ausgedrückt werden, sind alle Daten über die Lohnstückkosten mehr oder weniger stark verzerrt. Die Lohnkosten je Produkteinheit können auch gesenkt werden, wenn die Kapazitätsauslastung steigt. Dies ist letzten Endes aber von einem Anstieg der Profitabilität des Kapitals abhängig.

5 Vgl. dazu als Beispiel Giorgio Napolitano, *Classe Operaia, Occupazione e Sviluppo*, Roma 1975, insbes., S. 18 und Aris Accornero, *Il modello di Sviluppo*, in: *Rinascita*, Nr. 49, 10. Dezember 1976

zunächst als nichts anderes denn als eine Rationalisierung des italienischen Kapitalismus, der im Vergleich zum stromlinienförmigen westdeutschen Kapitalismus traditionell eine Vielzahl von Eigentümlichkeiten aufweist, die nur aus der besonderen Geschichte des Landes verständlich sind (6) und zu einem Hindernis für die weitere Entfaltung des italienischen Kapitals unter den Bedingungen verschärfter Konkurrenz auf dem Weltmarkt geworden sind. Daher müssen, um die Reformprogramme in ihren Zielsetzungen einschätzen zu können, die in der Krise sich zuspitzenden gesellschaftlichen Widersprüche und ihre Ausdrucksformen als Krisenerscheinungen dargestellt werden. Wir fangen also an mit einer kurzen Skizze der Ausdrucksformen, der Symptome der Wirtschaftskrise in Italien.

Symptome der italienischen Wirtschaftskrise

Das Ausmaß der Krise in Italien ist enorm. Wir können an dieser Stelle lediglich einige Ausdrucksformen benennen, um die – auch im internationalen Bereich – besondere Schärfe der Krise zu kennzeichnen:

(1.) Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben stark zugenommen; allein 1975 waren im Durchschnitt des Jahres 1,1 Mio. Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Im gleichen Jahr gingen in der Industrie 327.000 Arbeitsplätze verloren und diese Tendenz hat sich 1976 keineswegs umgekehrt, wie die vielen Entlassungen selbst großer Unternehmen und sogar im Staatssektor deutlich zeigen. Die Erwerbsquote (der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung), die traditionell sowieso schon niedriger als in vergleichbaren anderen Ländern ist, hat sich auf unter 35 vH vermindert; in der BRD beträgt sie vergleichsweise 42,1 vH. Das ganze Ausmaß der „Fehlentwicklungen“ in der italienischen Wirtschaft wird deutlich, wenn man die Vermehrung der Bevölkerung seit 1960 mit mehr als 5 Mio. Menschen der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen gegenüberstellt: diese hat sich im gleichen Zeitraum um etwa 1 Mio. verringert! Wenn man diese Daten über die Arbeitslosigkeit noch aufschlüsseln würde, dann würde sich zeigen lassen, daß gerade Jugendliche, Frauen und ältere Arbeiter besonders betroffen sind. Genaue Zahlen existieren darüber nicht; aber man schätzt allein rund 800.000 arbeitslose oder unterbeschäftigte Jugendliche mit Abitur oder Hochschulabschluß.

(2.) Gleichzeitig hat seit 1973 die *Inflation* zweistellige Zahlen angenommen. Die jährliche Geldentwertung beträgt seitdem mehr als 15 vH (1976 rechnet man mit rund 20 vH) mit den entsprechenden Konsequenzen für die Lebenshaltung der Massen, die Einkommensverteilung zwischen den Klassen, die Höhe der Zinsen und folglich für die sozialen Verhältnisse generell. Gerade die Inflation hat in Italien Erinnerungen an die Konsequenzen der Nachkriegsinflationen in den 20er Jahren und an die Inflationen in Lateinamerika geweckt, wo sie bei der Zersetzung der sozialen Strukturen durch Enteignung der Mittelschichten, durch Pauperisierung der Arbei-

6 Dazu ist der Aufsatz von Ekkehart Krippendorff, Die Herausbildung der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit Italiens, in: Kritik der Politischen Ökonomie, Nr. 13 (erscheint April 1977) als Problemaufriß empfehlenswert.

terklasse und der Bauernschaft und der darauf aufbauenden faschistischen Bewegungen eine bedeutende Rolle gespielt hat. „Die Inflation führt zu autoritären Lösungsversuchen“, sagt Giorgio Amendola. Daher ist es verständlich, wenn die Inflation als der „Hauptfeind“ bezeichnet wird, den es zuallererst zurückzuschlagen gelte. Zur Verhinderung der negativen politischen Konsequenzen der Inflation müßten gerade auch von der Arbeiterklasse Opfer gebracht werden, lautet die These (7).

(3.) Hinzu kommt noch, daß ohne Eindämmung der Inflation das *strukturelle Defizit des Staatshaushalts* nicht wirksam bekämpft werden kann. Es machte 1972 noch 3450 Mrd. Lire aus, steigt aber von Jahr zu Jahr an: 1973 sind es 5167, 1974 6627 und 1975 7712 Mrd. Lire. Die Gründe für diese Entwicklung liegen aber nicht nur in der ökonomischen Krise mit einem entsprechenden Ausfall an Staatseinnahmen und an der Inflation, die die Käufe des Staates und die Personalausgaben enorm verteuert, sondern auch in Strukturproblemen des italienischen Staatsapparats: Dazu gehören ein Ausmaß an Steuerflucht und Steuerhinterziehung wegen eines zwar großen aber ineffizienten Fiskalapparats, wie in kaum einem anderen Land, ein aufgeblähter aber unfähiger Verwaltungsapparat, wie sich beispielsweise schlagend deutlich an der Unfähigkeit zur Organisation der Hilfe für die Erdbebenopfer in Friaul zeigt, ein Komplex von unrentablen, permanent mit Zuschüssen versehenen Staatsunternehmen, ein System von Subventionen, das kaum mehr überschaubar ist und den einzigen Zweck erfüllt, eine Klientel der politischen Herrschaftsträger auszuhalten. So ist es klar, daß das Staatsdefizit keineswegs beseitigt werden kann, indem die Krise überwunden wird, wenn nicht zugleich auch eine Staatsreform durchgeführt, also die politische Macht der Profiteure dieses Systems gebrochen wird.

(4.) Dann ist da das *Loch in der Zahlungsbilanz*. Seit 1973 – wobei die sogenannte Ölkrise eine gewisse Rolle spielt – befindet sich die italienische Leistungsbilanz im Defizit, dessen Beseitigung nicht absehbar ist. Auch 1976 die äußere Ver einem Fehlbetrag von etwa 2,5 Mrd. Dollar gerechnet, die zwar zum Teil noch aus einem ansehnlichen Devisenschatz der Banca d'Italia finanziert werden können, jedoch die äußere Verschuldung des Landes immer mehr vergrößern. Nach Angaben des Präsidenten der Banca d'Italia, Baffi, beträgt im November 1976 die äußere Verschuldung 16,3 Mrd. Dollar, die allein 1976 die Zahlung von 1,1 Mrd. Dollar Zinsen erforderlich machen. So ist es kein Wunder, daß nach den unbarmherzigen Gesetzen des kapitalistischen Weltmarktes die italienische Währung zunehmend unter Druck geraten ist mit zeitweise dramatischer Zuspitzung in den Weltwährungskrisen. Jedenfalls hat die Lira seit Ende Dezember 1971 (seitdem die Wechselkurse in dem sogenannten „smithonian Abkommen“ festgelegt worden sind) gegenüber dem Dollar von 581,5 Lire pro Dollar auf 916 im Mai 1976 nachgegeben. Im Oktober 1976 gelang es der Banca d'Italia nur unter Mobilisierung aller noch vorhandenen Devisenreserven und durch Einschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs, das Abrutschen der Lira auf die Parität von mehr als 1000 Lire pro Dollar zu verhindern. Auch gegenüber der DM hat die Lira in den vergangenen Jahren über die Hälfte ihres Wer-

7 Giorgio Amendola, in Corriere della Sera, 9.1.1977; Vgl. auch Giorgio Amendola, *Quel che bisogna colpire quel che bisogna attuare*, in: *La Proposta Comunista*, Roma 1976 (Broschüre der KPI zu den Wahlen vom 20. Juni 1976), S. 19 f

tes eingebüßt. Diese permanente Währungsabwertung ist für das Land ausgesprochen ungünstig. Denn dadurch wird nicht nur die Inflation durch monetäre Impulse weiter genährt. Es verteuern sich auch die Importe, was bei der hohen Rohstoff- und Lebensmittelabhängigkeit des Landes für die ökonomische Entwicklung große Nachteile mit sich bringt, z. B. weil der Kapitalvorschuß vergrößert und dadurch die Rentabilität der Produktion gesenkt wird. Aber auch in diesem Bereich läßt sich sagen, daß es sich nicht nur um ein konjunkturelles Problem handelt, das mit einer Reduzierung der Inflationsrate gelöst werden könnte. Die Handelsbilanzdefizite Italiens deuten darauf hin, daß die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt gegenüber anderen kapitalistischen Ländern nachgelassen hat, so daß nur durch Steigerungen der Produktivität der industriellen Produktion das strukturelle Zahlungsbilanzdefizit verringert werden kann.

(5.) Gleichzeitig nahmen die *Investitionen* in den ersten zwei Trimestern 1976 um durchschnittlich 3,9 vH. ab. Diese Abnahme ist zum einen sicherlich die Folge der wegen der Inflation und der Kreditrestriktionen enorm angestiegenen Kreditzinsen, zum anderen aber Resultat der unausgelasteten Produktionskapazitäten und der abgesunkenen Profitmargen. Hier spielen konjunkturelle wie auch strukturelle Bedingungen eine Rolle und nicht zuletzt auch die Klassenkämpfe seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre, die tatsächlich die Verteilung zu Lasten der Kapitalistenklasse verändern konnten. An diesem Problem setzen denn auch, wie nicht anders zu erwarten, das Kapital und der bürgerliche Staat zuerst an, um durch eine Korrektur diesmal zu Lasten der Arbeiterklasse die Profite als Voraussetzungen eines Anstoßes der Kapitalakkumulation anzuheben.

Arbeitslosigkeit und Inflation, eine Verschlechterung der Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt, eine fühlbare Investitionsschwäche mit der Folge, daß der Produktivitätsrückstand zu anderen kapitalistischen Ländern nicht aufgeholt wird, ja eher noch größer wird, eine so starke Zuspitzung der Fiskalkrise, daß manche Kommunen Schwierigkeiten haben, die Gehälter ihrer Beschäftigten zu bezahlen — das sind grob zusammengefaßt die wichtigsten Kennzeichen der gegenwärtigen Krise in Italien. Ihre besondere Brisanz erhalten sie aber dadurch, daß der Verlauf dieser Krise alle Hoffnungen auf eine erneute Prosperitätsphase ohne eine grundlegende Veränderung der Voraussetzung von Wertbildung und Verwertung hat zerrinnen lassen. Im Verlauf des sogenannten „italienischen Wirtschaftswunders“, d. h. bei wirtschaftlichen Wachstumsraten, die neben denjenigen der BRD die höchsten in Westeuropa waren, wurden die strukturellen Schwächen des italienischen Kapitalismus überdeckt und gleichzeitig noch zugespitzt. In der Krise geht es daher nicht nur darum, aus einem konjunkturellen Tief herauszukommen, sondern auch die bis zur Krise zugespitzten *strukturellen* Probleme zu lösen. Wir wollen einige der Strukturprobleme der italienischen Gesellschaft beschreiben.

Strukturprobleme des italienischen Kapitalismus

(1.) In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg bis in die erste Hälfte der 60er Jahre

hinein konnte das italienische Kapital infolge der Schwäche der Arbeiterbewegung (7a) mit im internationalen Vergleich äußerst niedrigen Lohnkosten produzieren und akkumulieren und auf diese Weise den Technologie- und Produktivitätsrückstand gegenüber anderen Ländern ausgleichen. Das Tempo der Akkumulation hat mit Ausnahme der Jahre 1961 und 1962 niemals ausgereicht, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen als Emigranten das Land verließen. Das „italienische Wirtschaftswunder“ hatte also niemals eine alle Schichten der Bevölkerung einbeziehende und daher die sozialen Unterschiede und Spannungen nivellierende Wirkung. Die strukturellen Konflikte der Gesellschaft konnten somit auch – anders als in der BRD – nicht weitgehend durch die allgemeine Prosperität überdeckt werden.

Trotz der jährlichen Emigration von 100.000 bis 200.000 Arbeitskräften konnte die Arbeitslosigkeit nicht vollständig abgebaut werden. Sie reduzierte sich von 1954 (1,7 Mio.) bis 1963 (500.000) zwar merklich, nahm jedoch aufgrund der Krise von 1964 wieder auf etwa 800.000 zu. Daran zeigt sich eine strukturelle Schwäche des italienischen Kapitalismus: Da er nur aufgrund von im internationalen Vergleich niedrigen Löhnen konkurrenzfähig ist, bringen ihn Lohnsteigerungen sofort in schwere Krisen. Ein Anstieg der Lohnquote von 60 vH im Jahre 1960 (nachdem sie noch 1953 70 vH betragen hatte) auf 65 vH im Jahre 1963 wird mitverantwortlich für die bis dahin schwerste Wirtschaftskrise mit dem entsprechenden Anstieg der Arbeitslosigkeit (8). Es wird noch gezeigt werden, daß sich das gleiche Problem auch in der gegenwärtigen Krise wieder stellt: Der Rückstand im Produktionsniveau (9) soll durch entsprechende Lohneinbußen kompensiert werden; die Schwierigkeit für Gewerkschaften und Arbeiterparteien ergibt sich daraus, daß es auf kapitalistischer Grundlage bei starker Verflechtung in den kapitalistischen Weltmarkt (die Exportquote betrug 1974 23,7 vH!) kurzfristig keine andere Lösung des Problems gibt und daher Kapital und Regierung die „Logik der Sachzwänge“ auf ihrer Seite haben. Daher kommt es ja auch wesentlich darauf an, die strukturellen Bedingungen durch Reformen so zu ändern, daß mittelfristig dieser Sachzwang aufgehoben wird. Die KPI versucht dem dadurch Rechnung zu tragen, daß sie eine Programmatik entwickelt, in der kurzfristige Ziele mit mittel- und langfristigen Veränderungen kombiniert werden. Dazu unten mehr.

- 7a Ausführlich dazu Renate Genth, Die Entwicklung der Tarifpolitik der Metallgewerkschaften Italiens von 1950 bis 1968 – Die Entwicklung des Zusammenhangs von betriebsnaher und zentraler Gewerkschaftspolitik innerhalb der Automobilindustrie, Diss. Berlin 1977
- 8 Im Zeitraum von 1951 bis 1971 haben insgesamt 2.351.000 Menschen Italien verlassen; auf 1000 Einwohner entfallen durchschnittlich 2,4 Emigranten. K. Allen, A. Stevenson, *Introduzione all'economia italiana*, Bologna 1974, S. 168. Die übrigen Daten sind entnommen aus Augusto Graziani, *L'economia italiana nell'ultimo decennio*, in: Ders. (Hrsg.), *Crisi e ristrutturazione nell'economia italiana*, Torino 1975, und Vincenzo Cacici, *Roberto Fiore u. a., Ciclo e sviluppo nell'economia italiana*, Milano 1976
- 9 Im EG-Durchschnitt wird 1974 ein Bruttoinlandsprodukt von 8749 europäischen Rechnungseinheiten (Eur) je Erwerbstätigen produziert; in der BRD sind es 11660 Eur, in Italien jedoch nur 6043, in Großbritannien 6012 Eur. Die Produktivität der Arbeit beträgt in der BRD also 193 vH derjenigen Italiens. Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1976, Tabellenanhang, eigene Berechnungen.

(2.) Im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung verschärft sich das seit der italienischen Einigung bestehende Problem des Ungleichgewichts zwischen den einzelnen Landesteilen. Im Norden ist ein hochindustrialisierter Komplex von Großunternehmen mit einer dem westeuropäischen Niveau angemessenen industriellen Struktur (FIAT, Pirelli, Montedison usw.) entstanden; im Süden, dem „Mezzogiorno“, dagegen bleibt die Entwicklung zurück. Zwar findet auch hier eine Industrialisierung von Teilen der Landwirtschaft statt, und es werden auch Industriekomplexe errichtet. Aber es entsteht dabei keine auch nur einigermaßen ausgeglichene industrielle Struktur, die die Rückständigkeit dieses Landesteils gegenüber dem Norden aufholen könnte. Es findet allenfalls „Entwicklung der Unterentwicklung“ statt, d. h. die Industriekomplexe in einigen Städten des Südens sind in den Reproduktionskreislauf des Nordens einbezogen, ohne im Süden ein „sich selbst tragendes Wachstum“ der Wirtschaft initiieren zu können. Arbeitskräfte werden im Gefolge der Mechanisierung der Landwirtschaft freigesetzt; sie können aber nicht in der kapitalintensiven Industrie des Südens, in den „Kathedralen in der Wüste“, beschäftigt werden, sodaß sie zu emigrieren – in den Norden oder ins Ausland – gezwungen sind. Dies läßt sich beispielsweise an der Entwicklung der Verteilung der Bevölkerung Italiens auf die Regionen ablesen:

Tabelle 1:

Verteilung der Bevölkerung in Italien auf die Regionen und deren Beitrag zum Nationaleinkommen in Prozent

Jahr	Nord-West Italien	Nord-Ost Italien	Mittel- Italien	Süditalien
Verteilung der Bevölkerung auf die Regionen in Prozent:				
1951	24,71	19,82	18,25	37,22
1961	25,92	18,79	18,55	36,74
1971	27,55	18,50	19,04	34,91

Verteilung des Nationaleinkommens auf die Regionen in %

1951	35,24	19,54	19,91	25,29
1961	38,27	19,64	19,44	22,63
1971	38,62	19,84	19,23	22,29

Quelle, Marigliano, in: Cacici, S. 334, 336

Es zeigt sich also, daß der Mezzogiorno mit knapp 35 vH der italienischen Bevölkerung zwischen 22 und 23 vH des Nationaleinkommens produziert, während der Nordwesten mit den großen Industriezentren Mailand und Turin mit etwa 25 - 27 vH der Bevölkerung mehr als 38 vH des Nationaleinkommens hervorbringt. Diese Ungleichgewichtigkeit hat sich auch durch die Wanderungsbewegung von Süd nach Nord nicht verringern lassen, was ein beredter Ausdruck für das Scheitern der christdemokratischen Entwicklungspolitik mit der „cassa per il mezzogiorno“ ist (10). Die für die

10 Zum Mezzogiorno gibt es eine Fülle von Literatur. Vgl. in deutscher Sprache den informativen und anschaulichen Beitrag von Horst Reimann/Helga Reimann, Entwicklungsprobleme im Süden: Sizilien, in: Der Bürger im Staat, 26. Jahrg., Heft 3, September 1976, S. 177 ff.

Entwicklung des Südens bereitgestellten Geldmittel dienten kaum der Entwicklung des Landes, sondern eher der Finanzierung einzelner Industriekomplexe in staatlicher Hand und der Erhaltung derjenigen politischen Machtstrukturen, die die Herrschaft der DC in dieser Region durch das Klientensystem sicherstellten.

(3.) Ein ganz entscheidendes Problem für den italienischen Kapitalismus ist die große Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen. Während in Italien 1971 52 vH der Arbeitskraft in Unternehmen bis zu 99 Beschäftigten engagiert sind, sind es in der BRD nur 19 vH (11); während noch 1954 25,4 der Beschäftigten in Unternehmen mit mehr als 500 Arbeitskräften arbeiten, sind es 1971 nurmehr 23,2 vH. Hingegen steigt der Anteil der Unternehmen mit 11 bis 100 Beschäftigten von rund 22 vH auf rund 31 vH (12). Und diese Tendenz dürfte sich auch in der gegenwärtigen Krise fortgesetzt haben. Denn gerade als Antwort auf die Klassenkämpfe hat das Kapital eine spezifische Arbeitsteilung zwischen großen und kleinen bzw. mittleren Kapitalen entwickelt. Große Unternehmen vergeben an kleine und mittlere Unternehmen gern Aufträge, die sich aus technisch-organisatorischen Gründen ausgliedern lassen. Denn damit sind mehrere Vorteile verbunden: Dadurch werden die Lohnkosten gesenkt, da ja die kleinen und mittleren Unternehmen im Durchschnitt weniger Lohn zahlen als die Großunternehmen (13). Auch kann durch diese Art der Auftragsstreuung dem gewerkschaftlichen Druck leichter begegnet werden und es erhöht sich für die großen Kapitale die Flexibilität der Anpassung an sich ändernde Marktlagen (14). Hier zeigt sich ein Moment der Schwäche der italienischen Arbeiterbewegung *trotz* der starken Kampfkraft. Aus dem Heer der arbeitslosen und unterbeschäftigten Arbeitskräfte rekrutieren vorwiegend die kleinen und mittleren Unternehmen ihre Arbeiterschaft, um sie einer besonderen Ausbeutung zu unterziehen. Oft leisten sie Schwarzarbeit (*lavoro nero, occupazione occulta*) bei sehr niedrigen Löhnen, ohne Sozial- und Krankenversicherung, unverteuert, gewerkschaftlich unorganisiert, ohne Kündigungs- und Arbeitsschutz. So reflektiert sich die in der großen Zahl von kleinen Unternehmen zum Ausdruck kommende Schwäche des italienischen Kapitalismus im Vergleich mit anderen Ländern auch als Schwäche der italienischen Arbeiterklasse, als ein Moment ihrer Spaltung und Zerrissenheit.

Bezeichnend ist weiterhin, daß diese industrielle Struktur eine regionale Komponente hat: Während im Norden die Großindustrie angesiedelt ist, der Süden von der Landwirtschaft und den wenigen staatlichen Industriekomplexen beherrscht wird,

-
- 11 Giorgio Fua, *Occupazione e capacita produttive: la realta italiana*, Bologna 1976, S. 54 und Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1973
 - 12 K. Allen und A. Stevenson, a.a.O., S. 191
 - 13 Die Lohnsteigerungen im Zeitraum von 1965 bis 1971 betragen in Unternehmen mit 200 bis 1000 Beschäftigten, also in den mittleren Unternehmen zwischen 78,1 und 79,6 vH in den Unternehmen von 10 bis 49 Beschäftigten 65,2, in denjenigen von 50 bis 200 Beschäftigten zwischen 71,2 vH und 72,7 vH und in denjenigen mit mehr als 1000 Beschäftigten 74,6 vH. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit die große Bedeutung der unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen für die Lohnsteigerungen. Francesco Farina, *L'accumulazione in Italia 1959 - 1972 - Un'interpretazione della crisi e della ristrutturazione capitalistica*, Bari 1976, S. 92
 - 14 Augusto Graziani, a.a.O., S. 42 ff

ist die Klein- und Mittelindustrie im wesentlichen in Mittelitalien konzentriert. Wie Graziani gezeigt hat (15), ist diese regionale Struktur ganz wichtig für die „politische Geographie“ Italiens. Denn in der Staatsindustrie herrscht die DC mit ihrer Klientel, während in Mittelitalien der Einfluß der KPI besonders groß ist. Daher hat die Wirtschaftspolitik jeweils unterschiedliche Konsequenzen für das politische Herrschaftssystem. Eine Politik der Förderung der Großindustrie hat nicht nur eine ökonomische Schwächung der kleinen Unternehmen zur Folge, sondern unter Umständen auch eine politische Schwächung der KPI, deren Bündnisstrategie gerade auch auf die kleinen und mittleren Unternehmer gerichtet ist.

(4.) Die Existenzfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen ist von der Möglichkeit zu besonders hoher Ausbeutung der Arbeitskraft abhängig. Damit die Arbeitskräfte sich dieser besonderen Ausbeutung unterwerfen, müssen sie in besonderer Weise auf die unterbezahlten, miesen Jobs angewiesen sein. Und dies ist nicht nur wegen der offenen Arbeitslosigkeit in der Krise der Fall, sondern mehr noch wegen der strukturellen Unterbeschäftigung. Um welche Größenordnung es sich bei den Unterbeschäftigten und in „occupazione occulta“ engagierten Arbeitskräften handelt, läßt sich nicht genau rekonstruieren. Fua zitiert Untersuchungen, die davon ausgehen, daß in den 70er Jahren den rund 19,3 Mio „offiziell“ gezählten Arbeitskräften noch 2,2 bis 2,8 Mio „verdeckt“ beschäftigte Arbeitskräfte hinzugezählt werden müssen (16), um das gesamte Arbeitsangebot zu erfassen. Erst diese Zahlen, auch wenn sie zu hoch gegriffen sein sollten, vermitteln ein Bild davon, wie gravierend das Problem der Schaffung neuer, adäquater Arbeitsplätze für die Arbeitsbevölkerung Italiens ist.

(5.) In den vergangenen 25 Jahren hat sich die Wirtschaftsstruktur Italiens grundlegend geändert. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten reduzierte sich von 1951 bis 1971 von 44 vH auf 19 vH, während der Anteil der Industrie von 30 vH auf 42 vH anstieg (17). Dieser Prozeß zeigt das Ausmaß der im Verlauf der Kapitalentwicklung erfolgenden Restrukturierung der Arbeiterklasse. Mit der Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Industrie und andere Wirtschaftsbereiche werden die Arbeiter neuen Formen der Vergesellschaftung unterworfen: einmal den Strukturen des industriellen Arbeitsprozesses, der selbst wiederum durch Fließbandfertigung, Automatisierung, Intensivierung eine Veränderung im Verlauf der Entwicklung durchmachte, zum anderen aber auch den Lebensbedingungen in den großen Städten, die auf massenhafte Zuwanderung gar nicht vorbereitet waren. Turin z. B. nahm in 25 Jahren um 500.000 Einwohner zu, ohne daß der Wohnungsbau, das Bildungswesen, das Gesundheitssystem, die öffentlichen Transportmittel mit dem Wachstum hätten Schritt halten können. Die sich so herausbildenden sozialen Probleme waren mitverantwortlich für den explosionsartigen Ausbruch der Klassenkämpfe in Italien seit dem sogenannten heißen Herbst 1969. In den Massenaktionen ging es nicht nur um Forderungen nach höheren Löhnen und nach Veränderungen des

15 Augusto Graziani, in: *Il Manifesto*, 11.9.1976

16 Vgl. dazu Giorgio Fua, a.a.O., S. 32

17 Salvatore Vinci, *Ciclo e politica anticiclica nell'economia italiana dal 1951 al 1971*, in: Vincenzo Caci, Roberto Fiore u.a., a.a.O., S. 69 f

Arbeitsprozesses, sondern auch um Forderungen nach Verbesserungen der Lebensbedingungen, nach sozialen Reformen. Es stellt sich seitdem offen das Problem des Zurückbleibens des „sozialen Konsums“ bzw. der „sozialen Investitionen“ hinter den aus der rasanten Industrialisierung sich ergebenden Anforderungen (18). Die Tatsache, daß seit den 50er Jahren der soziale Konsum anteilmäßig am Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen ist (von 15,2 vH 1951/58 auf 12,4 vH 1964/1971), wird zu einem Strukturproblem der weiteren industriellen Entwicklung, das gelöst werden muß, um die Krise überwinden zu können. Darauf beziehen sich denn auch die unterschiedlichsten Reformvorstellungen, wobei es bedeutsam wird, inwiefern in eine Reformstrategie hinsichtlich des Sozialkonsums und der Sozialinvestitionen die neuen artikulierten Bedürfnisse und deren Befriedigungsformen im Verlauf der Klassenkämpfe (von der Entstehung von Wohngemeinschaften bis hin zur Bewegung der autoriduzione, d. h. der Selbstfestlegung des zu entrichtenden Preises für Verkehrsmittel, Telefon, Mieten usw.) eingebettet werden (19). Hier zeigt es sich, daß an einer Entwicklung des Sozialkonsums als Voraussetzungen für weiteres Wachstum Arbeiterklasse und Teile des Kapitals interessiert sind, daß aber die Inhalte des Sozialkonsums notwendig strittig bleiben und daran ein „reformistischer Block“ auch zerbrechen kann.

(6.) Ein weiteres Problem der kapitalistischen Entwicklung in Italien ergibt sich aus dem bedeutenden staatlichen Sektor, einem Erbe des Faschismus. Insgesamt gibt es etwa 350 Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, in denen über 500.000 beschäftigt sind. Die verschiedenen staatlichen Unternehmen sind insgesamt in sechs Gruppen zusammengefaßt, die von einer „autonomen Wirtschaftsführungsgesellschaft („ente autonomo di gestione“) geleitet werden. Die beiden bedeutendsten Enti sind die 1933 gegründete IRI (Istituto per la ricostruzione industriale) und die ENI (Ente nazionale idrocarburi), die de facto den staatlichen Sektor voll beherrschen (20). Die Probleme, die sich daraus ergeben, werfen ein bezeichnendes Licht auf die besondere Art der Verflechtung von Politik und Ökonomie in Italien. Denn die Staatsindustrie ist nach dem zweiten Weltkrieg zu einer riesigen Pfründe für die herrschende Christdemokratie geworden, die alle wichtigen Stellen mit ihren Leuten besetzt hält und damit ein einzigartiges Machtkartell konstruiert hat (darauf gehen wir unten konkreter ein) (21). Infolgedessen werden die ökonomischen Strukturprobleme des staatlichen Sektors unmittelbar zu Problemen der gesellschaftlichen Machtverteilung.

18 Mario Centorrino, *Introduzione*, in: ders. (Hrsg.), *Consumi sociali e sviluppo economica in Italia 1960 - 1975*, Roma 1976

19 In der Programmatik der Steigerung des Sozialkonsums unterscheiden sich die linken Parteien nicht, wohl aber in der inhaltlichen Ausfüllung dessen, was unter Sozialkonsum zu verstehen ist. Vgl. dazu Rossana Rossanda, *Il Manifesto* 5.11. und 6.11.1976

20 Dazu K. Allen und A. Stevenson, a.a.O., S. 311 ff

21 Vgl. G. Tamburrano, *L'iceberg democristiano*, Milano 1974, wo nachgewiesen wird, daß alle wichtigen Posten in der staatlichen Industrie beinahe 100prozentig von DC-Leuten besetzt sind. Dazu auch Roland Fröhlich, *Die Democrazia Cristiana nach dreißig Jahren Machtausübung*, in: *Der Bürger im Staat*, 26. Jahrg., Heft 3, September 1976, S. 161. Auch Petra Rosenbaum, *Italiana 1976 - Christdemokraten mit Kommunisten? - Eine Einführung in das italienische Parteiensystem*, Reinbek bei Hamburg 1976, insbes. S. 32 ff

lung, der Stärkung oder Schwächung des herrschenden Blocks. Auf diese Weise ist der Staatssektor auch nicht in einem – im kapitalistischen Sinne – „allgemeinen Interesse“ des Landes eingesetzt worden, sozusagen als ein vom Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ benutzbares Instrument zur Stützung der Kapitalakkumulation, sondern eher als Mittel der Bereicherung, der Korruption, der Finanzierung einer dem herrschenden Block unter Führung der DC ergebenden Klientel. Der Staatssektor ist somit für die ökonomische Entwicklung eher eine Last als eine produktive Voraussetzung; der Mangel an Sozialinvestitionen (Infrastruktur) und Sozialkonsum ist in Italien die Kehrseite eines wild wuchernden Staatssektors. Dies muß man wissen, wenn Strategien der KPI verstanden werden sollen, in denen eine Rationalisierung des Staatssektors (riconversione) und nicht eine weitere Ausdehnung der Verstaatlichung vorgesehen sind.

(7.) Dieses System der politischen Machtausübung konnte sich ökonomisch aufgrund der lang andauernden Boom-Periode der kapitalistischen Welt reproduzieren, ohne daß die vielen Strukturprobleme der Gesellschaft wirklich hätten ernsthaft angegangen werden müssen. Die Probleme wurden einfach mitgeschleppt. Die Politik der Christdemokraten bestand eher in einem „Sich-Durchmogeln“ als in der Umsetzung einer langfristig angelegten Strategie. So kann Accornero auch als die zwei kennzeichnenden Merkmale des herrschenden Blocks einmal das sich herausbildende Eigengewicht des politischen Systems gegenüber den Akkumulationsbedingungen des Kapitals und zum anderen die permanente Umschiffung des Problems der Vermittlung von aktueller, kurzfristig angelegter Politik und den langfristigen Erfordernissen der Entwicklungsperspektive des Landes (Problem der „due tempi“) herausstellen (22). Daraus ist aber ein erneutes Problem entstanden, das in der Krise die Situation noch verschärft. Da die Strukturprobleme nicht gelöst werden konnten, wurde der kurzfristige Ausweg der Inflationierung gewählt. Dabei ist natürlich einschränkend zu bemerken, daß die Inflation nicht einfach „gemacht“ worden ist, so als ob eine bürgerliche Regierung nur in einen Kasten mit verschiedenen Instrumenten zu greifen brauchte. Aber die bewußte Förderung der Inflation hat in Italien eben – und darin besteht der Unterschied zum allgemeinen weltweiten Inflationsprozeß – seit 1972 zu weit höheren als den durchschnittlichen Inflationsraten geführt und die Krise des Systems noch verschärft. Denn die Inflation als kurzfristiger Ausweg aus dem für den herrschenden Block nicht lösbaren Dilemma der „due tempi“ begünstigt das spekulative Kapital, fördert die Kapitalflucht (das heute ausgeführte Kapital bringt bei einer Abwertung der Lira einen um den Abwertungssatz hohen Gewinn), treibt das Zinsniveau nach oben und benachteiligt folglich das produktive Kapital im industriellen Bereich. Der industrielle Profit als „Stachel der Akkumulation“ wird also nicht nur von der Arbeiterklasse und den erkämpften Lohnsteigerungen bedroht, sondern ebenso durch die Couponschneider, die Spekulanten, die Rentiers (23), die zu einer strukturellen Last für die weitere Entwicklung werden.

Diese kurz umrissenen strukturellen Probleme der italienischen Gesellschaft

22 Aris Accornero, a.a.O.

23 Diese These vertritt vor allem Claudio Nopleoni, Ricardo und Marx, hrsg. von Cristina Pennavaja, Frankfurt 1974

müssen gelöst werden, wenn die Krise wirklich überwunden werden soll. Darauf bezieht sich denn auch die Reformstrategie der KPI, die – das haben wir nur kurz andeuten können – mit der Rationalisierung des „Akkumulationsmodells“ auch die politischen Machtstrukturen des herrschenden Blocks, dessen ökonomische Machtbasis ja das „alte Akkumulationsmodell“ ist, angreift. Daher ist die neue Rationalität auch nicht einfach, sondern nur in konfliktreichen Auseinandersetzungen, in Kämpfen, durchsetzbar.

III. Die Strategie des herrschenden Blocks Austerity-Politik mit Lohnkostensenkung und Restriktionsmaßnahmen

Für die Christdemokratie und das Kapital reduziert sich das Problem der Krise zunächst einmal auf die zu hohen Lohnstückkosten, die durch eine Politik der Lohnkostensenkung und der Einsparungen im öffentlichen Haushalt gesenkt werden sollen. Diese Politik ist die Kehrseite der Medaille, deren andere Seite die Inflationspolitik gewesen ist. Die Krise soll also gar nicht durch strukturelle Reformen gelöst, sondern durch Korrekturen auf der Ebene der Verteilung zu Gunsten des Profits und zu Lasten der Arbeiterklasse überwunden werden. Krisenlösung ohne Gefährdung des in mehr als 20 Jahren verfestigten Machtblocks lautet die Devise dieser Politik.

Tatsächlich haben vor allem nach 1969 die Lohnkosten je Produkteinheit in Italien eine durchschnittlich höhere Steigerungsrate als in anderen kapitalistischen Industrieländern gehabt (24). Fua gibt als Begründung für diese Entwicklung nicht nur die hohen Steigerungsraten der Löhne an (25) sondern auch die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im Gefolge der Klassenkämpfe: nämlich eine verkürzte Arbeitszeit, eine stärkere Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne durch Anhebung der Frauenlöhne (26), ein ausgeprägtes Anciennitätsprinzip bei der Lohnentwicklung mit dem Alter (27). Hinzu kommt für die hohen Lohnstückkosten die vergleichsweise niedrige Erwerbsquote und als entscheidendes Moment die vergleichsweise niedrige Arbeitsproduktivität: Mit Ausnahme von Irland und Großbritannien gibt es kein Land in der EG mit niedrigerer Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) als Italien (28).

In der Krise ist bei hoher Inflation den Regierungen in den kapitalistischen Ländern der keynesianische Ausweg versperrt: Deficit-spending kann freie Ressourcen nicht zur produktiven Verwendung mobilisieren, wenn gleichzeitig hohe Inflationsraten nicht abgebaut werden und die Verwertung des Kapitals auch bei durch Staatsausgaben steigenden Aufträgen nicht gesichert erscheint. Dann geht die De-

24 Vgl. Jahresgutachten 1976, a.a.O., Tabelle 4, S. 25

25 Giorgio Fua, a.a.O., S. 73 ff.

26 Nach Fua betragen im Durchschnitt die Frauenlöhne ungefähr 75 vH der Männerlöhne, in der BRD sind es demgegenüber nur 70 vH.

27 Während in den meisten Ländern das Verdienstmaximum in den Altersklassen 30 bis 45 Jahren erreicht wird und danach die Einkommen mit verringerter Leistungsfähigkeit wieder abnehmen, steigen sie in Italien bis zur Pensionierung weiter.

28 Vgl. dazu Anm. 9

batte im wesentlichen darum, mit welchen Methoden drastisch die „zu hohen Lohnstückkosten am besten auf deutsches Niveau“ (29) reduziert werden können. Dies könne erreicht werden, indem die Anzahl der Feiertage reduziert würde, indem der Absentismus der Arbeiter eingeschränkt, das Anciennitätsprinzip, von dem oben die Rede war, modifiziert wird; indem die Lohngleitklausel (*scala mobile*) nicht mehr zu einer vierteljährlichen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate benutzt und indem sie gleichzeitig für Gehälter über 6 Mio Lira ganz außer Kraft gesetzt wird; indem ein Teil der von den Unternehmern zu zahlenden Sozialleistungen vom Staat übernommen (fiskalisiert) und durch höhere direkte oder indirekte Steuern finanziert wird, und die Gewerkschaften sich bei den Tarifbeschlüssen an das „Allgemeinwohl“ (Verhalten nach Regeln der „compatibilita“) halten. Dann könnten auch die Zinsen gesenkt und mit einer gleichzeitigen restriktiven Politik die Unternehmer zu Preisdisziplin – evtl. auch durch eine Art „Preisleitlinien“ – gezwungen werden. Auf diesem Wege würde die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Wirtschaft verbessert. Die Regierung könnte dann auch ein Programm der Exportförderung in Gang setzen und auf diesem Wege die Schwierigkeiten der Krise überwinden und neue Arbeitsplätze schaffen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen (30).

Dieses Programm einer rigiden Einkommenspolitik wird von der nach den Wahlen vom Juni 1976 gebildeten Andreotti-Regierung durch eine ebenso rigide Sparpolitik („*stangata*“ genannt, was am ehesten mit „Politik des Neppens“ übersetzt werden kann) komplettiert. Insgesamt sieht das Restriktionsprogramm vor, daß mehr als 6000 Mrd Lire, also rund 18 Mrd DM eingespart werden. Darunter fallen Steuererhöhungen, Erhöhung von Gebühren und von Preisen, die staatlich geregelt werden (31). Da angenommen werden kann, daß ein Großteil der vorgenommenen Steuer- und Gebührenerhöhungen und Preissteigerungen Waren und Dienstleistungen des Konsums der Arbeiterklasse betrifft, führen auch die Einsparungen letztlich zu einer Senkung des Lohnanteils am Nationalprodukt. Dadurch wird ebenfalls eine „Lohnkostensenkung“ erzielt, sofern die eingesparten Mittel stillgelegt oder für produktive Investitionen verwendet werden. Dies ist jedoch keineswegs der Fall; denn gleichzeitig fließen die Mittel weiter in die diversen Kassen parastaatlicher Ein-

29 So der der DC nahestehende Wirtschaftswissenschaftler Nino Andreatta, *Gli errori della sinistra sul costo del lavoro*, in: *Corriere della Sera*, 19.11.1976

30 Nino Andreatta, a.a.O.; Vgl. auch die Auseinandersetzung um den Zusammenhang von Lohnentwicklung und Krise, dokumentiert in: Ezio Tarantelli (Hrsg.), *Salario e crisi economica – Dalla ‚ricetta Modigliani‘ al dopo-elezioni*, Roma 1976. Eine Politik der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitsplätze-schaffung schlagen Vertreter der PSI vor. Vgl. Paolo Leon, *I Sacrifi non vanno fatti per il Redi Prussia – Problemi economici dell'alternativa*, in: *Il Ponte – Rivista mensile di Politica e letteratura*, Februar/März 1976

31 Der Industrieminister Donat-Cattin hat eine „Tabelle der Opfer“ zusammengestellt, nach der 6272 Mrd Lire eingespart bzw. durch Steuer- und Gebührenerhöhungen zusätzlich eingenommen werden sollen. Um nur die größten Posten zu nennen: 1326 Mrd Lire Mehreinnahmen durch Anhebung der Benzinsteuern, 881,6 Mrd. Lire durch Erhöhung der Elektrizitätstarife, 822,8 Mrd Lire durch Heraufsetzung der Preise von Mineralölprodukten, 700 - 800 Mrd Lire durch partielle Blockierung der *scala mobile*. Ausführlich dazu *Corriere della Sera*, 4.11.1976. Inzwischen hat Ministerpräsident Andreotti angekündigt, daß für 1977 mit weiteren Opfern zu rechnen ist.

richtungen und in die „cassa per il Mezzogiorno“, so daß etwas überspitzt auch gesagt werden kann, daß das Sparprogramm in Wirklichkeit ein Programm der Umverteilung von den Taschen der Arbeiter und Angestellten in die Hände der Klientel der DC und der Mafia ist.

IV. Die Abwehr der Politik der Lohnsenkung

Die Höhe der Lohnkosten ist somit zu einem Dreh- und Angelpunkt der politischen Auseinandersetzung geworden; die Strategie der Senkung der Lohnkosten durch Reallohnkürzungen abzuwehren ist daher einer der Kernpunkte der Politik von Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Hierbei spielen mehrere Momente eine Rolle, die für die Abwehrstrategie von Bedeutung sind:

(1.) In einer Rechnung zeigt Forcellini, daß Lohnkosten (*costo del salario*) und Personalkosten (Arbeitskosten, *costo del lavoro*) sich gewaltig unterscheiden (32). Danach betragen die reinen Lohnkosten lediglich knapp ein Drittel der gesamten Personalkosten. Eine Reduktion der Lohnkosten berücksichtigt aber gerade nicht das Gewicht der übrigen Personalkosten, die – und dies ist die Kritik – gar nicht alleamt „Kosten des Personals“ seien. Denn die Gelder, die zum Teil in die Staatskassen fließen, müssen unter dem Aspekt der redistributiven Wirkung betrachtet werden. So gesehen, zeigt es sich aber, daß die angeblichen Personalkosten zum Teil die Staatssubventionen an die Unternehmer finanzieren, zum Teil die Klientel alimentieren. Eine Reduzierung der Personalkosten (*costo del lavoro*) kann folglich durch Einschränkung des parasitären Klientelismus und durch Reduzierung der Subventionen an die Unternehmer geschehen, ohne daß die Löhne gesenkt zu werden brauchen. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß der „Knoten“ der italienischen Krise tatsächlich im wesentlichen ein politischer, keineswegs aber nur ein ökonomischer ist (33).

(2.) Ein weiteres Argument gegen die Strategie der Lohnkostensenkung bezieht sich auf die andere Seite in der Relation der Lohnkosten je Produkteinheit, nämlich auf die Produktivität der Arbeit. Die Lohnkosten können nämlich auch gesenkt werden, indem ohne Lohnkürzungen die Produktivität gehoben wird. Hier besteht tatsächlich ein Spielraum angesichts des im westeuropäischen Vergleich niedrigen Produktivitätsniveaus der italienischen Wirtschaft. Nur spielen auch hier politische Fragen eine entscheidende Rolle. Denn einmal dürfte zumindest kurzfristig mit einer Erhöhung der Produktivität kein Abbau, eher eine Auffüllung des Heers der Arbeitslosen verbunden sein. Zum anderen wäre mit Sicherheit die industrielle Struktur auch zu Lasten der Klein- und Mittelunternehmer zu verändern, d. h. ein „Bündnis-

32 Paolo Forcellini, *Perche e alto il costo del lavoro*, in: *Rinascita*, Nr. 44, 5.11.1976, macht folgende Rechnung auf: Bei Alfa Romeo erhält ein Arbeiter einen durchschnittlichen Stundenlohn von 1807 Lire (rund 5,30 DM); hinzuzurechnen sind 1030 Lire für Versicherung und Sozialabgaben, 647 Lire für Liquidationsentschädigung, 1064 Lire werden als Aufwand für bezahlte Feiertage und Urlaub kalkuliert. Insgesamt kommen Personalkosten von 5309 Lire (also rund 15,60 DM) heraus.

33 Dies wird insbesondere von seiten der KPI immer wieder betont. Vgl. beispielsweise Luciano Barca, *Il nodo e politico prima che programmatico*, in: *Rinascita*, 23, 4.6.1976

partner“ würde vor den Kopf gestoßen, wenn nicht „flankierende Maßnahmen“ erfolgten.

(3.) Die Lösung der Schwierigkeiten des italienischen Kapitalismus von der Verteilungsseite her durch Lohnreduzierungen zu erwarten, erweist sich aber aus noch einem Grund als problematisch. Es läßt sich nämlich zeigen, daß die Profitabilität des Kapitals nicht nur aufgrund der Lohnkämpfe und der Lohnsteigerungen fällt, sondern notwendigerweise aufgrund der Strukturveränderungen des fungierenden Kapitals. Denn wegen der Zunahme des fixen Kapitals – und dann aufgrund des wegen der Verteuerung der Rohstoffe nach den Liraabwertungen in den 70er Jahren und der Ölpreiserhöhungen seit 1973 ansteigenden konstanten Kapitals generell – ist nicht nur der für Löhne und sonstige Arbeitskosten vorzuschießende variable Kapitalteil, sondern auch derjenige für konstantes Kapital angestiegen, ohne daß dieser Anstieg durch entsprechende Produktivitätssteigerungen hätte kompensiert werden können. Nach Berechnungen von Farina hat sich der marginale Bruttokapitalkoeffizient der Gesamtwirtschaft von 3,88 im Zeitraum von 1951 bis 1960 auf 4,66 im Jahrzehnt von 1960 bis 1971 erhöht. Für die Industrie lauten die entsprechenden Zahlen 2,57 in den 50er und 3,09 in den 60er Jahren (34). Diese Entwicklung zeigt schon, daß die Kapitalrentabilität auch ohne die Klassenoffensive seit 1969 gesunken wäre. Aber die Kämpfe der letzten Jahre haben die Verwertungsschwierigkeiten des italienischen Kapitals noch verschärft (35). Eine Lohnkostensenkung allein hilft folglich dem italienischen Kapital nicht aus der Krise, es sei denn sie ist enorm. Eine solche Reduzierung („auf deutsches Niveau“) durchzusetzen, würde aber das labile politische Gleichgewicht der italienischen Gesellschaft gerade angesichts der parlamentarischen Kräfteverhältnisse so sehr beanspruchen, daß ohne autoritäre Transformation keine bürgerliche Regierung dazu fähig wäre.

34 Francesco Farina, a.a.O., S. 26. Der ansteigende Kapitalkoeffizient kann hier als Indikator für eine ansteigende (technische) Kapitalzusammensetzung gelten. Vgl. dazu die in der Prokla geführte Diskussion.

35 Vgl. dazu folgende Tabelle aus Mariano d'Antonio, *Sviluppo e crisi del Capitalismo italiano 1951 - 1972*, Bari 1973, S. 148. Darin sind der Einfluß von Produktivitätsentwicklung, Preisentwicklung und Lohnentwicklung auf die Profitmargen (nicht auf die Profitraten) in der verarbeitenden Industrie berechnet:

Arbeitseinkommen, Produktivität, Preisindex, Profitmargen 1951 - 1971

Jahr	Arbeitseinkommen je Arbeiter zu laufenden Preisen	Nettoprodukt in Preisen von 1963 je Arbeiter	Lohnstückkosten Spalte 1 : 2	Preisindex 1963 = 100	Profitmarge Spalte 4 : 3
	1	2	3	4	5
1951	441,4	613,3	72,0	96,8	1,34
1955	582,9	795,7	73,3	87,7	1,20
1960	784,0	1068,1	73,4	89,5	1,22
1965	1266,7	1386,7	91,3	105,0	1,15
1969	1738,7	1846,5	94,2	111,5	1,18
1970	2067,5	1928,0	107,2	121,0	1,13
1971	2314,8	1906,5	121,4	127,7	1,05

(4.) Der Kern des Problems aber liegt darin, daß die Klassenkämpfe in Italien niemals nur den ökonomischen Erfolg einer Verbesserung der Verteilungsposition der Arbeiterklasse gehabt haben. Sie haben vielmehr – und darin liegt ihre so tiefgreifende Wirkung – das gesamte gesellschaftliche und politische Leben beeinflußt und verändert. Es ist nicht nur das „alte Entwicklungsmodell“ der Christdemokratie in die Krise geraten, und es sind nicht nur die Lohnkosten sehr stark angestiegen. Es sind auch alte Strukturen gesellschaftlicher Reproduktion – der Einfluß der Kirche, die verknöcherten Beziehungen zwischen den Geschlechtern, die Dominanz der bürgerlichen Kultur – in die Krise gebracht worden und es sind positiv neue gesellschaftliche Verkehrsformen entstanden. Im Sinne Gramscis ist die Hegemonie bürgerlicher Werte und der sie verbreitenden und reproduzierenden Institutionen wenn schon nicht aufgehoben, so doch in entscheidenden Bereichen angegriffen worden. Darin liegt vor allem die politische Bedeutung der Klassenkämpfe in Italien, daß sie eben nicht einfach ökonomische Erfolge und politischen Positionsgewinn im Sinne der Zurückdrängung der organisierten Macht der bürgerlichen Klasse, sondern mit der Zersetzung ihrer hegemonialen Position in allen gesellschaftlichen Sphären neue Formen und Inhalte brachten, die den herrschenden Block ökonomisch, politisch, aber auch kulturell und ideologisch in die schwere Gesellschaftskrise gebracht haben.

Mit dem Angriff auf die Lohnkosten, d. h. die Reallohnposition der Arbeitermassen, versucht das Bürgertum in der Krise an der ihm ureigenen Front, der ökonomischen nämlich, Terrain wiederzugewinnen, die alte Hegemonie neu zu errichten. Die Abwehr der Arbeiterklasse jedoch erfolgt nicht nur auf dem Feld der Ökonomie sondern in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Dies ist ein ganz wesentliches Element der Strategie der italienischen Arbeiterbewegung, das auf eine lange Tradition rekurrieren kann. Aspekte dieser Tradition darzustellen ist Gegenstand des folgenden Abschnitts.

V. Einige und grundsätzliche Aspekte des strategischen Ansatzes der KPI

Anders als die deutsche Arbeiterbewegung kann die KPI auf eine längere Tradition ihrer politischen Strategien zurückgreifen. Wenn Enrico Berlinguer 1973 das Konzept des „historischen Kompromisses“ (dazu unten ausführlicher) propagiert, dann kann er nicht zu Unrecht das „Denken und Handeln“ von Antonio Gramsci, Palmiro Togliatti und Luigi Longo zitieren (36), um den „historischen Kompromiß“ zu begründen, also in eine bestimmte Tradition der Partei zu stellen. Ähnliches läßt sich für die Wirtschaftspolitik der KPI sagen. So hat Luciano Barca den Versuch gemacht, die Kontinuität der wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Maßnahmen der KPI von

36 Enrico Berlinguer, Für eine demokratische Wende. Ausgewählte Reden und Schriften 1969 - 1974, Berlin (DDR) 1975, S. 368 ff

1944 bis 1974 aufzuzeigen (37). Sicherlich dienen diese Bezüge auf die lange Tradition der Partei auch der Rechtfertigung politischer Entwürfe und Vorstellungen heute; aber wichtiger scheint uns zu sein, daß in diesen Rückgriffen auf die Tradition die lange Kontinuität von politischen Erfahrungen und ihrer bewußten Aufarbeitung innerhalb der Partei zum Ausdruck kommt. Natürlich heißt Kontinuität nicht Bruchlosigkeit und Widerspruchsfreiheit; dies schon deshalb nicht, weil ja die Verhältnisse in der italienischen Gesellschaft und im internationalen Rahmen tiefgreifende Wandlungen durchgemacht haben. Aber die Fähigkeit, in den gegenwärtigen politischen Konzeptionen selbstbewußt auf die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zurückgreifen zu können, ist ein Aktivum, das die KPI im Vergleich zu anderen kommunistischen und zu den sozialdemokratischen Parteien Westeuropas auszeichnet. Daher ist es nicht nur notwendig, sondern auch lehrreich, zu untersuchen, wie Strategiebildung heute an die Traditionen der Partei anknüpft. Bevor wir die Schwierigkeiten der Umsetzung der politischen Konzeption der KPI in der gegenwärtigen Krise behandeln, soll daher das „Erbe“ der strategischen Vorstellungen der KPI in einigen Aspekten dargestellt werden. Dabei beschränken wir uns auf eine Skizze, aus der notwendig viele wichtige Momente herausfallen müssen.

Die Bemerkungen über Gramsci und Togliatti verstehen sich als Thesen, die zur Diskussion auch in der BRD auffordern sollen, nicht aber als ein theoretischer Beitrag über Gramsci selber.

Ansätze der Revolutionstheorie von Antonio Gramsci

Der Kampf gegen den Faschismus war die Grundlage der Entwicklung der Politik der KPI. Im Zuge der Verarbeitung der Fehler der Arbeiterbewegung angesichts des drohenden Faschismus – sowohl ihrer eigenen Fehler als auch der der internationalen, besonders der deutschen Arbeiterbewegung – haben sich Theorie und Praxis der KPI herausgebildet. Die permanente Drohung einer Neuauflage des Faschismus prägt auch die spätere Politik der KPI nach dem zweiten Weltkrieg. Daher geht die Beachtung des gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses als integraler Bestandteil in alle Überlegungen strategischer Schritte ein, insbesondere hinsichtlich einer breiten Bündnispolitik, die wiederum Konsequenzen für weitere strategische Schritte hat. Im folgenden soll ansatzweise auf diesen Zusammenhang hingewiesen werden, dessen kategoriale Bestimmung heute wesentlich auf die politischen Vorstellungen Gramscis rekurriert.

(1.) Die Konzeptionen Gramscis waren in erster Linie von strategischen und praktischen Interessen diktiert; eine eher kontemplative Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und des Staates lag nicht in seinen Absichten. Gramscis Kategorien sind vorrangig im Hinblick auf die verändernde Praxis in dem konkreten gesellschaftlichen Zusammenhang Italiens formuliert. Er entwickelte sein Verständnis des Marxismus als einer Philosophie der Praxis gegen den „Ökonomismus“ der zweiten und auch

37 Luciano Barca u.a., *I comunisti e l'economia italiana 1944 - 1974*, Bari 1975

der dritten Internationale, den er als eine politische Theorie begriff, die die Arbeiterklasse und die Gesamtheit der Lohnabhängigen zur politischen Passivität gegenüber dem durch ökonomische Gesetze determinierten Geschichtsprozeß verdammt. Die Lähmung der italienischen und der deutschen Arbeiterbewegung angesichts der aufkommenden Barbarei des Faschismus war ihm deutlicher Beleg für seine Auffassung. An der deutschen Arbeiterbewegung kritisierte er ihre „Negativität“, wie Magri-Notarianni angeben (38) und bezog sich auf den Mangel an konkreten Zielen zur Veränderung des deutschen Gesellschaftssystems. In dieser Einschätzung ging er bei der kommunistischen Arbeiterbewegung von ihrem negativ formulierten Ziel der Zerschlagung des bürgerlichen Staates aus, das mit der Annahme der sehr zugespitzten Situation, in der die „Machtfrage unmittelbar ansteht“ – in der Konsequenz auf konkrete Perspektiven verzichten und diese dann aus irgendeinem Angebot von Modellvorstellungen beziehen muß. Ebenso kritisierte er diese „negative“ Haltung an der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Dabei bezog er sich auf die Bernsteinische These, daß die „Bewegung alles und das Ziel nichts sei“ (39) und folgerte, daß bei Bernstein „die menschlichen Kräfte . . . als passiv und nicht bewußt angesehen“ (40) würden. Der menschliche Eingriff würde demnach nicht „als entscheidend für die geschichtliche Entwicklung“ bewertet (41). Gramsci formulierte: „Der menschliche Eingriff, als These oder Moment des Widerstandes und der Konservierung als wirksam angesehen, wird als Antithese oder als Initiative und fortschreitender Druck des Antagonisten verworfen. Es kann Ziele für den Widerstand und Konservierung geben, für den Fortschritt und die Initiative zur Erneuerung nicht . . . : Es handelt sich um nichts anderes als um eine sophistische Theorie der Passivität, eine ‚listige‘ Weise . . . , wobei die ‚These‘ eingreift, um die ‚Antithese‘ zu schwächen, da gerade die Antithese, die das Erwecken latenter, kühn anzuspornender Kräfte vorausgesetzt, unmittelbarer und vermittelter Zielsetzungen bedarf, um ihre aufhebende Bewegung zu verstärken. Ohne konkrete Zielsetzung kann es überhaupt keine Bewegung geben.“ (42) Gemäß diesem gegen den Ökonomismus gerichteten Selbstverständnis, die politische Praxis der gesellschaftlichen Individuen als zentrale Momente des Geschichtsprozesses zu betrachten, haben sich die politischen Entscheidungen der KPI in der Regel nicht aus präformierten Vorstellungen entwickelt, die ungeachtet ihrer Wirksamkeit an die gesellschaftliche Realität von außen herangetragen wurden; vielmehr haben sich die strategischen Vorstellungen aus den praktischen Problemen kristallisiert, die zur Lösung drängten. Die Bewegung hat sich im Zusammenhang mit konkreten Zielsetzungen entwickelt. Der Vorrang der praktischen Anforderungen gegenüber den theoretischen Ableitungen bei der politischen Strategiebildung läßt sich auch aus dem politischen Handlungszwang angesichts der jahrzehntelangen faschistischen

-
- 38 Lucio Magri/Michelangelo Notarianni, Gramsci e la via rivoluzionaria in occidente, in: *Unita proletaria*, Jhrg. 1, Nr. 1, Mai 1975, S. 59
- 39 Antonio Gramsci, *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*, Hrsg. Ch. Riechers, Frankfurt/M. 1967, S. 192
- 40 ebenda
- 41 ebenda
- 42 Gramsci, a.a.O., S. 192 - 193

Unterdrückung erklären, deren Grundlagen es zu beseitigen galt und noch gilt.

(2.) Von besonderer Bedeutung ist in Gramscis politischer Theorie seine Analyse des bürgerlichen Staates. Er begreift den Staat mit der Fülle seiner Institutionen nicht als einen homogenen Apparat gegenüber der Gesellschaft, sondern als ein breites System von Institutionen, durch das und in dem die bürgerliche Klasse ihre Herrschaft ausübt. Das Institutionensystem wird von Gramsci in die „società civile“ und in die „società politica“ eingeteilt. Die „società civile“ umfaßt nach diesen Vorstellungen die Gesamtheit der Institutionen und Bereiche, in denen die bürgerliche Legitimität und der gesellschaftliche Konsens erzeugt und reproduziert werden. Dabei ist es nicht notwendig, daß diese Institutionen alle staatlich im engeren Sinne sind, um herrschaftssichernd zu wirken, sie können auch privat betrieben werden (43). Insgesamt zählen zur „società civile“ daher nicht nur staatliche Einrichtungen, sondern vor allem auch die Parteien, Massenmedien, Kirchen, Vereine etc. Die „società politica“ ist dagegen der eigentliche Staatsapparat mit seinen Exekutivorganen und dem unmittelbaren Gewaltapparat (44). Diese Zweiteilung des staatlichen Systems setzt Gramsci vor allem den Vorstellungen Lenins entgegen, die dieser in „Staat und Revolution“ mit dem Ziel der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats formulierte (45). Gramsci begreift Lenins Auffassung im wesentlichen als einen Ausdruck der Bedingungen des zaristischen Gewaltapparats. Demgegenüber sieht er die Notwendigkeit, differenziertere Vorstellungen vom bürgerlichen Staat als einem komplizierten Herrschaftssystem weiterzuentwickeln, das nicht nur auf unmittelbarer Zwangsgewalt gründet, sondern auf einem vielgliederigen System von Institutionen, die gesellschaftlichen Konsens vermitteln und Legitimität produzieren und dadurch bürgerliche Herrschaft aufrechterhalten. Die bürgerliche Klasse entwickelt innerhalb der Institutionen der Gesellschaft ihre *Hegemonie* – ein zentraler Begriff in der italienischen Diskussion –, d. h. sie setzt die Dominanz ihrer politischen, kulturellen und moralischen Vorstellungen durch, die den *Konsens* auch anderer Klassen zum bestehenden Gesellschaftssystem finden. Dergestalt gelingt es ihr, ihre Herrschaft abzusichern.

(3.) Diese hier nur oberflächlich angerissenen Vorstellungen Gramscis bilden die Grundlage für die Formulierung der Strategie. Die Strategie der sozialistischen Umwälzung muß an den kulturellen und politischen Machtzentren des Gesellschaftssystems ansetzen, d. h. an der Hegemonie der herrschenden Klasse. Ziel wird es, den Konsens breiter Schichten und Klassen zu verändern und in diesem Prozeß die Hegemonie, d. h. die politischen, kulturellen und moralischen Vorstellungen der Arbeiterbewegung herauszubilden und durchzusetzen. Die Entwicklung des Sozialismus bedeutet nach diesem Verständnis ökonomische, politische, kulturelle und moralische Umwälzung (46). A. Kramer formuliert: „Die Veränderung der bürgerlichen Gesell-

43 Ein großer Teil der Bildungseinrichtungen ist z. B. in den Händen der katholischen Kirche.
44 siehe dazu z. B. Annegret Kramer, Gramscis Interpretation des Marxismus, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, 4. Hrg. H.-G. Backhaus u.a., Frankfurt/M. 1975

45 entfällt

46 Eine zentrale Rolle spielen dabei die Intellektuellen – im weitesten Sinn begriffen; darauf kann hier jedoch nicht näher eingegangen werden.

schaft durch den Abbau der bestehenden hegemonialen Strukturen und die Schaffung einer wirklichen Volkskultur sind . . . nur denkbar als ein schrittweiser und langwieriger Lernprozeß.“ Und zitiert Gramsci: „Denn es handelt sich nicht darum, materielle Dinge zu zerstören, es geht darum, unsichtbare, unfühlbare, ‚Verhältnisse‘ zu zerstören, auch wenn sie sich in den materialen Dingen verbergen.“ (47) Die verändernde gesellschaftliche Praxis der Arbeiterbewegung muß sich auch darauf richten, „den Alltagsverstand und generell die alten Weltanschauungen zu ersetzen.“ (48)

Daraus ist ansatzweise ersichtlich, daß der italienische Marxismus im Gegensatz zur Tradition der deutschen Arbeiterbewegung nicht im wesentlichen von ökonomischen Analysen bestimmt wurde, sondern von Reflektionen über die Formen und Inhalte der Vergesellschaftung (49). Die gramscianischen Vorstellungen von der sozialistischen Umwälzung als Entfaltung der Hegemonie der Arbeiterklasse in Gestalt ihrer politischen, kulturellen und moralischen Führung, die sie nur übernehmen und entwickeln kann, wenn sie konkrete auf Konsens gegründete Perspektiven für gesellschaftliche, politische und ökonomische Probleme auch den anderen Klassen vermittelt, zielen darauf hin, daß – wie Magri/Notarianni bemerken – die „Machtübernahme nur ein Moment und einen Aspekt“ darstellt, daß schließlich die Gesellschaft in „allen ihren Aspekten“ (50) umgewälzt werden soll. Nach den Vorstellungen Gramscis besteht daher die sozialistische Umwälzung auch darin, daß die Arbeiterbewegung aus der bestehenden und sich weiter entwickelnden Vergesellschaftung nach den Zwecken und dem Kommando des Kapitals Formen und inhaltliche Momente einer selbstbestimmten und selbstbewußten Vergesellschaftung erkämpft und sie als konkrete sozialistische Perspektive der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung entgegengesetzt. Doch die Entgegensetzung geschieht nicht in Form eines alternativen „Modells“, sondern wird im Kampf für reale demokratische Machtpositionen und für eine wirksame Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen entwickelt. Der Prozeß der sozialen Emanzipation ist auch ein Lernprozeß der Arbeiterklasse zu ihrer subjektiven Befähigung, eine konkrete sozialistische Perspektive zu erarbeiten und zu erkämpfen. Spinella stellt fest, daß in Gramscis Konzeption „der revolutionäre Prozeß nicht allein gegen die gegnerische Klasse als notwendig betrachtet wird, sondern für die revolutionäre Klasse selber.“ (51)

(4.) Die Vorstellungen der Hegemonie, d. h. der Dominanz der herrschenden Klasse in den kulturellen und politischen Institutionen der Gesellschaft, die auf den Konsensus gegründet ist, als Ansatzpunkt für die Formulierung einer Strategie, verändert auch die Art und Weise, wie in der Regel die Bündnisfrage von den Parteien der Arbeiterbewegung aufgegriffen worden ist. Die Mittelklassen und die Bauern sollen nicht in irgendeiner Weise taktisch an die Arbeiterbewegung angebunden werden,

47 Kramer, a.a.O., S. 104 - 105

48 Kramer, a.a.O., S. 105

49 Vor allem die ökonomische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft von Marx ist in der deutschen Tradition nur selten als Analyse besonderer historischer Vergesellschaftungsformen begriffen worden

50 Mario Magri/Notarianni, *Unita proletaria*, S. 63

51 Spinella, *Quanto e attuale Gramsci?*, in: *Unita*, Nr. 1, 31.12.1976

sondern im Laufe einer langen demokratischen Auseinandersetzung, in der sich die kulturellen, politischen und ökonomischen Vorstellungen der Arbeiterbewegung und die der anderen Klassen miteinander vergleichen, sollen Bündnisse geknüpft werden, die auf dem aktiven Konsensus der Bündnispartner zu den gemeinsamen Perspektiven beruhen. Dabei besteht die Notwendigkeit, daß die anderen Schichten und Klassen ihre ihnen gemäßen Ziele im Zusammenhang mit der sozialistischen Umwälzung erarbeiten und aktiv ihre eigenen Interessen in Einklang mit den allgemeinen Zielen der Arbeiterbewegung bringen können. Aus diesem Bündnis Konzept leitet sich die Auffassung des „Pluralismus“ – d. h. des gleichberechtigten Bestehens verschiedener politischer Parteien unterschiedlicher politischer Ausrichtung auch im sozialistischen Staat ab, die Gramsci allerdings noch nicht ausdrücklich formuliert hat, die aber nach Spinella durchaus mit seinen Vorstellungen zu vermitteln ist. Dieser Ansatz der Bündnisfrage geht implizit davon aus, daß die Mittelklassen und die Bauern auch ihre ökonomischen Interessen mit der Arbeiterklasse vermitteln können. In der Tat kann sich Gramsci auf die Erfahrungen des Faschismus beziehen, der nur mit demagogischen Versprechungen und einer mystifizierten Ideologie Teile der Bauern und der Mittelklassen gewinnen konnte, ihnen aber keine ökonomische Perspektive geboten hat. Daher geht die KPI mit Gramsci davon aus, daß mit konkreten auf die jeweiligen Probleme bezogenen Perspektiven der aktive Konsens der Bauern und der Mittelschichten auch für den Sozialismus gewonnen werden kann. Es ist deutlich, daß in dieser Bündnispolitik der Begriff der „Diktatur des Proletariats“ als strategisches Konzept keinen Platz hat. Daß dieser Begriff dennoch bei Gramsci auftaucht, erklärt Spinella damit, daß jeder Staat per se eine Diktatur sei. „Der Staat ist gewiß immer Gewalt, und er ist es auch in seiner „demokratischsten“ Form der bürgerlichen Republiken; er wird es notwendig bis zu seinem Auslöschen in der demokratischsten und pluralistischsten proletarischen Republik sein.“ (52)

(5.) Das auch heute noch wirksame und gerade in der gegenwärtigen Situation breit rezipierte Erbe Gramscis läßt sich grob wie folgt zusammenfassen: Da die sozialistische Umwälzung also nur auf vieldimensionale Weise stattfinden kann, indem die Gesellschaft in „allen ihren Aspekten“ (53) umgewälzt wird, müssen breiteste Schichten des Volkes daran aktiv beteiligt werden. Sie sollen nach Gramscis Plan mit neuen moralischen und politischen Vorstellungen – im Sinne des Marxismus als einer Philosophie der Praxis – die konkreten Konzepte zur Veränderung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen wie der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse gemeinsam erarbeiten. Nur darüber kann sich eine Einheit der sozialistischen Bewegung herstellen. Die Parteien der Arbeiterbewegung haben dabei eine protagonistische und zusammenfassende Funktion. Dieser Prozeß ist schließlich identisch mit der breitesten Demokratisierung der gesamten Gesellschaft und der direkten Beteiligung breiter Volksschichten an der Lösung ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Probleme. Konsensus, Einheit, Demokratie und Sozialismus gehören untrennbar zusammen und bedingen sich gegenseitig. Bei diesen strategischen Reflektionen hatte Gramsci stets das Versagen der Arbeiterparteien angesichts des Faschismus vor Augen, nämlich ih-

52 ebenda

53 Magri/Notarianni, a.a.O., S. 63

re verhängnisvolle Spaltung, die er als eine wesentliche Bedingung der Niederlage erkannte, und ihre zweideutige Bündnispolitik gegenüber den Mittelklassen und den Bauern, die zwischen taktischem Anbieten und operatistischer Abgrenzung schwankte und der faschistischen Demagogie gegenüber den anderen Klassen freie Hand ließ.

Entwicklungstendenzen der Strategie der KPI in den fünfziger und sechziger Jahren

Die Vorstellungen Gramscis wurden durch die Arbeiterbewegung nach dem zweiten Weltkrieg in verschiedenen Aspekten aktualisiert und entsprechend der organisiert verarbeiteten Erfahrungen weiterentwickelt. Von den Anfängen der Resistenza bis zu Beginn der sechziger Jahre war es vor allem Togliatti, der die strategische Weiterentwicklung der KPI geprägt hat: Von seinen Vorstellungen des „italienischen Wegs zum Sozialismus“ mittels Strukturreformen, über sein Konzept der „neuen Partei“, bis zu seiner Auffassung des „Polyzentrismus“ innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung. Er entwickelte die spezifische Strategie der sozialistischen Umwälzung der italienischen Verhältnisse.

(1.) Einen Schritt in dieser Richtung bedeutet die in der zweiten Nachkriegszeit durchgezogene Bündnispolitik. Dabei kam ein entscheidender Anstoß nicht nur aus den Erfahrungen des italienischen Widerstandskampfes gegen den Faschismus, sondern auch aus dem griechischen Bürgerkrieg (54). Hierin kommt eine Tradition der KPI zum Ausdruck, die sowohl bei Gramsci zu finden ist, als auch bei der Formulierung des „Historischen Kompromisses“ später Bedeutung erlangt: nämlich die Fähigkeit, aus den Erfahrungen, aus den Erfolgen und Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung politisch zu lernen. Krippendorf formuliert, daß das Vorgehen der KPI nach Erfahrung der Niederlage in Griechenland durch „die konsequent durchgehaltene Strategie der Vermeidung einer direkten Konfrontation mit der Bourgeoisie und dem von ihr beherrschten Staatsapparat“ (55) geprägt ist. In der Tat leitet sich die Vermeidung der direkten Konfrontation bereits aus dem Konzept Gramscis ab, wird aber von Togliatti in die politische Praxis umgesetzt und damit aufgrund der internationalen wie nationalen Erfahrungen im antifaschistischen Widerstandskampf konkretisiert. Die direkte Konfrontation soll auch deshalb vermieden werden, weil sie vor allem von der herrschenden Klasse in provokatorischer Absicht zur erneuten Durchsetzung ihrer Vormachtstellung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Daher geht stets in die strategische Reflektion auch die Überlegung ein, ob mit Konfrontationspolitik der Gegenseite nicht mutwillig die Trumpfkarten in die Hand gespielt werden.

(2.) Auch die Formulierung des „italienischen Wegs zum Sozialismus“ durch Togliatti war eine Konsequenz der internationalen Erfahrungen und ihrer Wirkungen für die italienische Arbeiterbewegung. Einen entscheidenden Anstoß gaben die Ereignisse in Ungarn 1956. Sie stürzten die KPI unversehens in eine innere Krise, er-

54 Ekkehart Krippendorf, Italien: der Historische Kompromiß, in: Kursbuch, Nr. 46, S. 59
55 Krippendorf, a.a.O., S. 62

schwerten die Aktionsmöglichkeiten und bedrohten die Einheit der Arbeiterbewegung. Die Konsequenz der KPI bestand darin, sich vollständig aus dem noch nachwirkenden Kominternzusammenhang zu lösen und ein neues autonomes Verhältnis vor allem zur Sowjetunion zu entwickeln. Obwohl die Komintern schon 1943 aufgelöst worden war, waren noch keine durchgreifenden strategischen Konsequenzen aus der Auflösung der zentralisierten Anleitungsfunktion der KPI (56) gezogen worden. Zwar hatte sich mit der zunehmenden Autonomie der kommunistischen Parteien auch ihre jeweilige nationale Unabhängigkeit gestärkt. Doch die Erfahrung des anti-kommunistischen Angriffs nach den Ungarn-Ereignissen schärfte das Bewußtsein, daß der noch von Kominternbeziehungen geprägte Internationalismus die passive Zustimmung zu Vorgehensweisen der kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern forderte, auf die die KPI keinen aktiven Einfluß nehmen konnte, die aber als Waffe gegen ihre nationale Politik gewandt wurden; dadurch konnten mühsam erkämpfte Positionen mit einem Handstreich zunichte gemacht werden. Das Konzept der Autonomie drängte sich auf. Togliatti drang daher auf die Entwicklung eines „nationalen Wegs zum Sozialismus“, der ganz auf die Verantwortung der italienischen Arbeiterklasse gegründet ist und auf dem jede politische Maßnahme und Entscheidung die besonderen ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen Italiens berücksichtigt (57).

(3.) Der „italienische Weg zum Sozialismus“ soll vor allem über Strukturreformen verlaufen, die von der Arbeiterbewegung erkämpft werden, aber auch eine Perspektive für die Mittelschichten und Bauern, d. h. den überwiegenden Teil der italienischen Gesellschaft darstellen. Die Strukturreformen verstehen sich als umfassender konkreter Vorschlag zur Veränderung des gesamten italienischen Gesellschafts-systems und seiner ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungs-zusammenhänge. Damit bezog sich Togliatti wieder auf Erfahrungen und Ergebnisse des anti-faschistischen Widerstandskampfes: „Die Strukturreformen als Weg zur Entwicklung der Demokratie und um die Straße zum Aufbau einer neuen Gesellschaft zu öffnen, sind weder unsere Erfindung noch die der sozialistischen Genossen oder die der Aktionspartei oder irgendeiner anderen politischen Gruppe. Sie waren oder sind integrierter Bestandteil der programmatischen Forderungen der großen Einheitsbewegung der Resistenza.“ (58) Die antifaschistische Widerstandsbewegung wurde insgesamt zur Quelle der strategischen und politischen Vorstellungen der KPI und stellt nach Auffassung der KPI auch das politische Potential der sozialistischen Umwälzung. Allerdings kommt den Strukturreformen noch eine andere Bedeutung zu. Sie stellen unmittelbare Kampfziele der Arbeiterklasse dar und erfüllen damit das stra-

-
- 56 Frank Deppe, Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 336
57 In jüngster Zeit gibt es erneut Auseinandersetzungen über die autonome Politik der westeuropäischen KPen, wie etwa in dem Angriff Todor Schiwkoff's auf die eurokommunistische Position.
58 Palmiro Togliatti, La via italiana al socialismo, Rom 1972, S. 263

tegische Postulat, das der KPI schon seit Gramsci wichtig ist: daß die sozialistische Umwälzung nur durch die Herausbildung konkreter Ziele in Gang gesetzt werden, daß die Arbeiterbewegung als Bewegung sich nur über konkrete Forderungszusammenhänge entwickeln kann (59).

(4.) Warum sich die Formulierung der Strategie der Strukturreformen noch aufdrängte, soll an einem Widerspruch der Politik der KPI in der frühen Nachkriegszeit dargestellt werden. Nach der Resistenza sah sich die KPI zu einer großen Partei angewachsen mit einer erheblichen Machtposition. In dieser Stärke geriet sie verschärft in einen Widerspruch, in dem jede sozialistische Organisation sich bewegen muß und der die Entwicklung von politischen Linien in der Arbeiterbewegung zu Serpentinaugen werden läßt, zumal wenn der Widerspruch nicht in die Formulierung der Strategie selber eingeht. Es war gerade die KPI, die aktiv am Neuaufbau Italiens mitarbeitete, und sie zog daraus auch ihr positives Verhältnis zur italienischen Gesellschaft. Gleichzeitig aber interpretierte die Partei die Krisenerscheinungen, die den riesenhaften Umstrukturierungsprozeß und die technologische Umwälzung begleiteten, als die „allgemeine Krise des Kapitalismus“ (60), aus der dieser mit eigener Kraft sich nicht herauswinden könnte. Die Aktivitäten beim Neuaufbau wurden also mit Zusammenbruchserwartungen gekoppelt, so daß nach den Worten Damico breite Teile der KPI der Meinung waren, daß „die Aktivität beim Wiederaufbau nur die Sympathie heischende Nebelwand wäre, hinter der der Aufstand vorbereitet werden müßte“ (61). Das bedeutet, die Aktivitäten beim Wiederaufbau wurden von Teilen der KPI als reine List betrachtet. Garavini – Gewerkschafter der CGIL und Mitglied der KPI – formulierte rückblickend den allgemeinen Widerspruch der gesamten Arbeiterbewegung für die Gewerkschaftsbewegung, der auch der Doppeltheit in der Haltung vieler KPI-Mitglieder zugrundelag: „Die Arbeiterklasse muß ihre Ausbeutungsbedingungen negieren, aber um zu leben, muß sie auch, insofern sie in einem kapitalistischen System lebt, ihre Ausbeutungsbedingungen akzeptieren. Eine klassenbewußte Politik, die sich nicht einfach und simpel in der Vorstellung des Aufstandes erschöpft, muß eine Vermittlung zwischen Akzeptieren und Negation dieser Bedingung finden.“ (62) Und für die Entwicklung einer klassenbewußten Gewerkschaftspolitik zog er die Schlußfolgerung: „Also muß eine Kampflinie gegen die Ausbeutung entwickelt werden, die sich in der Realität der Fabrik dessen bewußt ist, die eine partielle, aber konkrete Veränderung der Ausbeutungsbedingungen in Gang setzt, als Weg der Entwicklung des Klassenbewußtseins und auch als konkretes Terrain, damit die Negation der Ausbeutung und ihr Akzeptieren koexistieren können.“ (63) Diesen notwendigen Widerspruch in der Politik der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, der bei breiten Teilen der internationalen Arbeiterbewegung zu Pragmatismus und attentistischer

59 ebenda

60 Renzo Gianotti, *Lotte e organizzazione di classe alla FIAT (1948 - 1970)*, Bari 1970, S. 183

61 ebenda

62 Sergio Garavini, *Gli anni cinquanta alla FIAT: un'esperienza storica*, in: *Politica ed economia*, Nr. 2, 1970, S. 53

63 ebenda

Haltung, also passiver Zusammenbruchserwartung, wie auch zur Inkohärenz von Theorie und Praxis geführt hat, versuchte die KPI im strategischen Zusammenhang zu formulieren und anzugehen. Die Konzeption der „antikapitalistischen Struktur-reformen“ sollte die Vermittlung mittelfristiger und langfristiger Ziele herstellen. Der Sozialismus sollte nicht zu einem Abstraktum werden und die konkrete Tagespolitik nicht perspektivlos geraten. Allerdings ist die Strategie Ergebnis wie Gegenstand eines langen Lernprozesses, der nur in einer Kette harter Kämpfe und Auseinandersetzungen sich fortentwickelt, da sie immer wieder auf die durch das System gesetzten Schranken stößt, die dann neu thematisiert werden müssen, damit darauf bezogene Initiativen erarbeitet werden können.

Strategie der Demokratisierung und Dezentralisierung

Nachdem wir bisher auf die strategischen Konzeptionen der KPI eingegangen sind, wollen wir im Folgenden auf einige vor allem innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gemachte Erfahrungen hinweisen. Die Spaltung der Gewerkschaft in drei sich befehdende Gewerkschaftsbünde – 1950 – und die Niederlage der bis dahin mehrheitlich in den Betrieben verankerten CGIL innerhalb der Betriebsratswahlen 1955 bilden die Marksteine in der Schwächung der italienischen Gewerkschaftsbewegung (64). In den Fabriken wurden nach und nach die noch aus der Resistenza hervorgegangenen Klassenpositionen zunichte gemacht. Die Ereignisse in Ungarn trugen zusätzlich zur Schwächung der gewerkschaftlichen Stellungen bei, da sie die kommunistisch-sozialistische CGIL noch einmal zu spalten drohten.

Innerhalb der CGIL wurden dann die Konsequenzen aus der Spaltung und Schwächung gezogen. Sie erarbeitete, in einer radikalen Kritik ihrer eigenen Fehler eine Strategie, die darauf bezogen ist, gewerkschaftliche Macht- und Kontrollpositionen der Lohnabhängigen in den Betrieben zu entwickeln. Die Gewerkschaftspolitik sollte ihren Ausgang in der Fabrik haben und folgte der Parole der „Verhandlung aller Aspekte des Arbeitsprozesses“. Das Resultat jahrelanger Ausarbeitungen war schließlich ein differenziertes Tarifverhandlungskonzept, nach dem ein systematischer Zusammenhang zwischen betriebsnaher und zentraler Gewerkschaftspolitik hergestellt wurde. Die Gewerkschaften entwickelten Forderungen, die darauf zielten, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zu verbessern und gleichzeitig gewerkschaftliche Macht- und Kontrollpositionen zu erringen und institutionell abzusichern (65). Unter dem Druck der Rationalisierungsschübe konzentrierten sich die Forderungen zunehmend auf Arbeitsorganisation und -bedingungen, auf das Qualifikations- und Einstufungssystem und die Lohnhöhe und -struktur. Da die Gewerkschaften mehrheitlich den Anspruch haben, den gesamten Umfang der Reproduktion der Arbeitskraft zu beeinflussen, erstreckt sich ihre Politik auch auf Strukturreformen und Investitionskontrollen.

64 siehe dazu, Renate Genth, Die Entwicklung der Tarifpolitik . . . , a.a.O.)

65 a.a.O.

An der Vorstellung von Investitionskontrolle läßt sich exemplarisch das politische und strategische Vorgehen der italienischen Arbeiterbewegung ablesen. Auf Produktionskonferenzen arbeiten die Lohnabhängigen eines Unternehmens Investitions- und Produktionspläne aus, die sowohl die Art der Produkte, wie die Arbeitsorganisation, Zahl der Arbeitsplätze, Lohnstruktur wie Standort und dessen Infrastruktur umfassen. Diese Forderungen werden dann innerhalb betriebsnaher Verhandlungen und Kämpfe durchgesetzt und in betrieblichen Abkommen fixiert. Statt Luxuswagen zu produzieren, halten die Lohnabhängigen von Alfa Romeo es z. B. für wichtiger, Lastkraftwagen und Massenverkehrsmittel zu produzieren. Diese Investitionskontrollen wurden bereits 1949 in der Kampagne für den „Arbeitsplan“ (66) entwickelt, wurden vor allem in den letzten Jahren aktualisiert und stehen in engem Bezug zu den Reformkonzepten für das öffentliche Verkehrswesen. Als nach 1969 – nicht zuletzt in progressiver Verarbeitung der in autonomen Arbeiterkämpfen entwickelten politischen Formen und Inhalte – die Gewerkschaften in der Entfaltung ihrer betrieblichen Machtpositionen einen erheblichen Sprung voran gemacht haben, entwickelten sie mehr und mehr ein Ensemble derartig aufeinander bezogener Forderungen, die immer stärker die Bedürfnisse und Wünsche der Lohnabhängigen zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen aufgenommen und strategisch umgesetzt haben und auf neue Formen und Inhalte selbstbewußter Vergesellschaftung zielen. Da grundsätzlich materielle Forderungen mit solchen nach Verstärkung der Machtpositionen verbunden wurden, konnte die Arbeiterbewegung in einigen Bereichen der italienischen Gesellschaft eine Macht entfalten, die bisher keine sozialistische Bewegung in hochentwickelten kapitalistischen Staaten erreicht hat. Und die Rekonstruktion der Machtpositionen der Arbeiterbewegung ist nach der schwerer Niederlage 1955 in erster Linie durch die Aktion und Politik der Gewerkschaften durchgeführt worden. Das wird auch dadurch bestätigt, daß die Arbeiterparteien einen großen Teil ihrer qualifiziertesten Kader an der Gewerkschaftsarbeit beteiligten.

Die KPI hat sich zu einem erheblichen Teil ihrer Strategie auf die Dezentralisierung der Verwaltung und die dezentralisierte Planung konzentriert, um auf der Ebene der Kommunen und Regionen die demokratische Beteiligung der Betroffenen bei der Lösung der sozialen, politischen und ökonomischen Probleme voranzutreiben. Bologna (67) ist das weitbekannte Paradebeispiel, aber vor allem seit den Ergebnissen der Kommunal- und Regionalwahlen 1975 bei weitem nicht das einzige. Die Strategie besteht insgesamt darin, dezentral demokratische Macht- und Kontrollpositionen innerhalb der gesamten Gesellschaft zu entwickeln und auf diese Weise die hegemoniale Stellung der Arbeiterklasse, nicht nur der eigenen Partei, mit der Perspektive des Sozialismus zu entfalten. Die von Gramsci begründete strategische Konzeption der sozialen Emanzipation als einer alternativen Vergesellschaftung findet in dieser Demokratisierungsstrategie ihren Niederschlag. Nicht zufällig ist nach den für die Arbeiterbewegung erfolgreichen Kommunal- und Regionalwahlen 1975 und den zentralen Wahlen 1976 die Diskussion über Gramsci neu aufgeflammt. Die KPI bildet daher gemäß ihrem Selbstverständnis keine „Gegengesellschaft“ im kapi-

66 Genth, a.a.O., S. 252 ff

67 siehe Max Jäggi u.a., Das rote Bologna, Zürich o. J.

talistischen Gesellschaftssystem (68); vielmehr bezieht sie sich in ihrer Praxis auf die Totalität der italienischen Gesellschaft und es ist ihr bereits gelungen, breite gesellschaftliche Bereiche zu prägen. Ihr Ziel ist es dabei, daß sich die hegemoniale Überlegenheit der Arbeiterklasse, den Gesellschaftsprozeß im Sinne der überwiegenden Mehrheit bestimmen zu können, in ihren Fähigkeiten erweist, auf breiter Basis der herrschenden Klasse Alternativkonzepte in allen Einzelheiten entgegensetzen.

Die Konzeption des „Historischen Kompromisses“

Im Zusammenhang mit der Demokratisierungsstrategie spricht Enrico Berlinguer von der „progressiven Einführung von Elementen des Sozialismus in das gesellschaftliche, staatliche, politische und moralische Leben mittels der demokratischen Methode . . .“ (69). Dieser Zielsetzung versucht die KPI mit einem breiten Bündnisangebot näherzukommen, mit dem sogenannten „Historischen Kompromiß“ zwischen KPI und Christdemokraten. In diesem Entwurf werden nach dem Selbstverständnis Berlinguers Vorstellungen aufgegriffen, die sich schon bei Gramsci und Togliatti finden: Die sozialistische Umwälzung kann danach nur im einheitlichen Zusammengehen der großen historischen Strömungen der italienischen Tradition, der katholischen, der sozialistischen und kommunistischen, stattfinden. Doch reicht diese allgemeine Begründung nicht hin zur Erklärung des „Historischen Kompromisses“. Denn das Bündnisangebot zielt darauf ab, sich mit der *Partei* der katholischen Strömung politisch zu verbinden, der DC. Diese Partei ist einerseits, wie die letzten allgemeinen Wahlen vom 20.6.1976 erneut verdeutlicht haben, unter den Bauern, einem Teil der katholischen Lohnabhängigen und dem überwiegenden Teil des Mittelstands verankert. Sie ist andererseits aber die Partei, in der die herrschende Klasse und vor allem die parasitären reaktionären Schichten vertreten sind. Und hier lagert der entscheidende Widerspruch des „Historischen Kompromisses“; denn damit ist die DC in erster Linie die Partei, die sichtbar verantwortlich ist für die korporative Zersetzung des gesellschaftlichen Organismus, für den Klientelismus, die Pfründewirtschaft, die allgegenwärtige Korruption und den übergroßen Teil der heute aufsummierten drückenden sozialen, ökonomischen und politischen Probleme. Es ist vor allem die DC, die mit ihrer Methode der Herrschaftssicherung die weitgehende Disgregation des gesellschaftlichen Systems verantwortet.

Als ein Interessenbündnis verschiedener Strömungen hat diese Partei den Staat mit einem dichten Gewebe von Machtpositionen durchsetzt. Der italienische Staat ist einerseits durch eine starke Zentralisierung gekennzeichnet, auf der anderen Seite sind mächtige Bereiche aus der Zentralisierung ausgenommen und völlig selbständig verwaltet. Sowohl die Zentralisierung, als auch die Sektoralisierung verhindern eine demokratische Kontrolle. Vor allem die separaten Sektoren, dazu ist auch der parastaatliche Bereich, der das soziale Fürsorgesystem darstellt, und die staatliche In-

68 Hugues Portelli, *La longue marche du Parti communiste italien*, in: *Esprit*, Nr. 11, November 1976, S. 564

69 *Il discorso del compagno Berlinguer*, in: *Unita*, 13.7.1975, S. 15

dustrie zu rechnen, haben der DC das Terrain geboten, auf dem sie ihr Machtsystem, durch reichliche Vergabe von Posten, Positionen und Privilegien an die jeweilige Klientele detailliert ausgebaut hat (70), so daß in Westeuropa keine Partei in einem der parlamentarischen Systeme über eine vergleichbare Regierungskontinuität verfügt. Doch diese auf der Pfründewirtschaft basierende Stärke verkehrt sich in der Krise zunehmend zur Brüchigkeit des gesellschaftlichen Gewebes. Zunächst hat der Klientelismus zur fast vollständigen Dysfunktionalität der Verwaltung geführt. Jedes Reformgesetz wurde in seiner Realisierung im Klientelnetz abgefangen. Denn die notwendigen Gelder werden bereits von der DC-Klientele vampirhaft aufgesaugt (71). Vor allem im Süden ist dieser Vampirismus perfekt ausgebildet. In der Krise jetzt wird diese Dysfunktionalität noch drückender. Denn zum einen üben die verschiedensten Klientelgruppen der DC auf ihre Fraktionen Druck aus, damit ihre Privilegien abgesichert bleiben. Zum andern aber führt dieser korporative Interessendruck zu einem fortschreitenden Zerfall des politischen Systems. Schließlich aber haben sich durch die verhinderten Reformen eine Fülle von ungelösten Problemen zusammengeballt, so daß die Summierung der Widersprüche in der Krise die Ausweglosigkeit der vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten suggeriert. Magri weist in seiner Analyse der Widersprüche der Reformvorhaben auf die Sysphusarbeit hin, die die Arbeiterbewegung erledigen muß (72). Der Korporativismus ist mittels des Klientelismus im letzten Jahrzehnt so weit getrieben, daß nur noch die Organisationen der Arbeiterbewegung aus dem korporativen Zerfall der Gesellschaft in Einzelinteressen ausgenommen sind; daß sich damit der Boden der parlamentarischen Demokratie als Herrschaftssicherung der herrschenden Klasse in einen Sumpf verwandelt, wissen Teile dieser Klasse sehr wohl. Die korporative Zersetzung des herrschenden Interessenzusammenhangs machen Teile der Bourgeoisie daher für den Bündnisvorschlag Berlinguers, den „Historischen Kompromiß“ durchaus geneigt.

Die KPI aber kann dieses Bündniskonzept nur verfechten, weil und solange die Arbeiterbewegung sich als kohärent darstellt und die dezentralen Machtpositionen stabil sind, die den Eckstein des „Historischen Kompromisses“ bilden. Daher pokert ein Teil der herrschenden Klasse jetzt darum, indem die Not der Konzeptionslosigkeit zur Tugend gemacht wird, daß der „Historische Kompromiß“ erneut zu seiner historischen Stunde wird, daß die KPI bereits im Vorfeld des „Historischen Kompromisses“ zunehmend in Widerspruch zu Teilen der Arbeiterklasse und der von ihr gewonnenen Mittelschichten gebracht wird, daß sie geschwächt in eine derartige Koalition geht oder durch ihre Schwächung diese Koalition unnötig gemacht wird. Die DC versucht die KPI zu Zugeständnissen zu zwingen, ohne dabei auf ihre Reformforderungen einzugehen. Sie trennt die Austeritätspolitik von der Durchsetzung der Reformen und bringt damit die Gewerkschaften in Zugzwang, weil die Verschlechter-

70 siehe Guiseppe Tamburrano, *L'iceberg democristiano. Il potere in Italia oggi e domani*, Mailand 1975

71 Man denke etwa an die Millionen, die für Venedig international bereit gestellt wurden und die unauffindbar in der Verwaltung versickerten.

72 Lucio Magri, *Spielraum und Rolle des Reformismus*, in: R. Rossanda/L. Magri u.a., *Der lange Marsch durch die Krise*, Frankfurt/M. 1976, S. 34

nung der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen unerträglich wird. Würden die Gewerkschaften dann nicht mit zentral abgestimmten Verteidigungskämpfen reagieren, riskierten sie eine Zersplitterung unter den Lohnabhängigen, die fabrikweise ihre Lebensbedingungen verteidigen müßten. Die Folge wäre eine Fülle von zersplitterten Interessenkämpfen, die es zur Abwehr autoritärer Tendenzen gerade zusammenzufassen gilt. Andererseits entstünde bei einseitigem Vorgehen der Gewerkschaften eine verhängnisvolle Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung. Die KPI wäre isoliert.

Vielfältige Spaltungstendenzen in die Arbeiterbewegung und ihre Bündnisbereiche hineinzutragen, ist ein aktuelles Ziel der herrschenden Klasse. Denn sie weiß sehr wohl, daß, wenn die Arbeiterbewegung sich weiterhin als einzige kohärente Kraft in der Gesellschaft darstellt, die Verwaltung der korporativen Interessen immer brüchiger wird und die DC entweder einen erheblichen Teil ihrer Machtbasis unter Druck der Arbeiterbewegung aufgeben oder aber zur Bändigung der korporativen Interessen und zur Abwehr der Ansprüche der Lohnabhängigen zu einer autoritären Regierungsform übergehen muß. Das aber würde die massive Unterdrückung der Arbeiterbewegung bedeuten und andererseits gerade auch eine Basis in den Klientelgruppen finden, was den korporativen Zerfall nach kurzer Zeit noch vorantreiben würde. Teile der herrschenden Klasse versuchen in der Tat die Bedingungen der Krise mit ihrer Unwegsamkeit an verschlungenen Problemen einzusetzen, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Der rechte Flügel in der DC um De Carolis vertritt offen das Programm, eine Politik der verbrannten Erde zu praktizieren, d. h. die Wirtschaftskrise zu verschärfen, die Inflation hochzutreiben, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern und ein Chaos unlösbarer Probleme zu produzieren, damit die Arbeiterbewegung zu zersplittern und einen Keil zwischen die Arbeiterorganisationen und ihre Bündnispartner zu treiben, um schließlich wie Phoenix aus der Asche zu erstehen und die Macht zu übernehmen (73).

Der Vorschlag des „Historischen Kompromisses“ ist vor allem auch gegen diese Zielsetzung gerichtet. Denn nach den Erfahrungen der italienischen Arbeiterbewegung begünstigt der korporative Zerfall den Faschismus oder zumindest ein autoritäres Regime zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Die chilenische Erfahrung des blutigen faschistischen Umsturzes einer demokratischen Volksfrontregierung hat in der italienischen Arbeiterbewegung die antifaschistische Tradition so bewegt, daß das politische Bündnis des antifaschistischen Widerstandskampfes bereits *präventiv* zur Verhinderung der faschistischen Lösung der Krise eingeplant wird. Dadurch soll gerade die Bildung eines breiten autoritären Blocks verhindert werden, der die Gefahr mit sich bringt, daß durch die Aufspaltung der italienischen Gesellschaft in zwei sich befehdende Heereslager große Teile der katholischen Lohnabhängigen und der Mittelschichten auf die Seite der Reaktion abdriften. Durch den „Historischen Kompromiß“ soll also unter all den oben angedeuteten Widersprüchen abgewehrt werden, daß es den reaktionären Kreisen erneut gelingt, den Klassenkonflikt ideologisch um den Gegensatz Kommunismus - Antikommunismus zu zentrieren und ihn so von

73 In einem Interview mit der Zeitung „la Repubblica“ (23.11.76) sagt De Carolis: „Per fermare i comunisti faremo terra bruciata!“ (um die Kommunisten aufzuhalten, machen wir verbrannte Erde!)

den realen Problemen, Interessen und Zielen abzulenken. Deshalb lehnt die KPI auch den Ausschluß der DC aus der Regierung und damit die Alternative der Linksregierung ab; sie fürchtet daß die DC in der Opposition durch wirksame Obstruktion jede konstruktive Linksalternative verhindern und um sich ein breites antikommunistisches Lager sammeln könnte.

Der „Historische Kompromiß“ versteht sich also als ein strategischer Schritt zur Bannung der faschistischen Gefahr, der faschistischen Lösung der Krise. Gleichzeitig aber zielt der Vorschlag Berlinguers auf die Veränderung der DC selber. Denn es war wie erwähnt die DC, die den legislativen Teil des Staates mit dem undurchdringlichen klientelistischen Gestrüpp umgeben hat; jede zukünftige Reformforderung kann nur über Roden und Lichten dieses Gestrüpps passieren. Der „Historische Kompromiß“ besagt also auch, daß die KPI die DC zwingen will, die Sysiphusarbeit einer Staatsreform zumindest ansatzweise selber in Gang zu setzen. Die Bedingung dafür bietet die Einsicht eines Teils der herrschenden Klasse, daß der korporative Zerfall großer gesellschaftlicher Bereiche in Einzelinteressen die eigene Hegemonie breit zersetzt hat. Das macht die Handlungsfähigkeit der politischen Organisationen der herrschenden Klasse aus und läßt sie zumindest noch im augenblicklichen Stadium der Krise von der Arbeiterbewegung abhängig werden, deren Organisationen als einzige über langfristige Lösungsvorschläge verfügen.

Denn auch der Umfang der zur Lösung anstehenden Probleme begründet das Bündnisangebot der KPI. Die Weltwirtschaftskrise hat mittlerweile die Schwierigkeit und Fülle der Aufgaben zur Bewältigung der Krise derartig aufgetürmt, daß es schon deshalb aufrechterhalten wird. D. h. der „Historische Kompromiß“ soll die Synthese der Gesellschaft auf der Grundlage eines breiten sozialen und politischen Bündnisses zur Überwindung der Krise sichern, damit die Dynamik der Krise nicht von den reaktionären Interessen bestimmt und der Arbeiterbewegung eine erneute empfindliche und folgenreiche Niederlage zugefügt werden kann.

Schwierigkeiten der Verwirklichung der Strategie

Vor welchen Schwierigkeiten steht die italienische Arbeiterbewegung aufgrund ihrer eigenen Strategie? Eine Tradition besteht, wie erwähnt, in einer breiten Demokratisierung: In einer Fülle von dezentralen Initiativen, die von den Organisationen der Arbeiterbewegung mitgeführt, koordiniert und zusammengefaßt werden, entwickeln sich alternative Formen von Vergesellschaftung, sollen die Lösung und Orientierung der sozialen Probleme unter breiter Beteiligung der davon Betroffenen erarbeitet werden. Auf diese Weise hat die italienische Arbeiterbewegung im Zusammenhang von Gewerkschaftskämpfen und Politik der Arbeiterparteien in den Betrieben und Kommunen, wie Regionen starke demokratische Machtpositionen entwickeln können, die die Grundlage der augenblicklichen Strategie in der Krise darstellen. Diese Strategie zielt insgesamt vor allem darauf, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung die Dynamik der Krise bestimmen und bestimmen müssen, wenn sie ihre politischen Vorstellungen realisieren wollen. Die Lösung der Krise muß von der Arbeiterbewegung

politisch so erzwungen werden, daß die Machtpositionen durch die Durchsetzung der unerläßlichen Reformen erweitert werden. Denn ohne die Umstrukturierung der Wirtschaft und die Staatsreform sind dem Fortschritt der Arbeiterbewegung und ihrer Ziele entscheidende Schranken gesetzt. Die Krise soll *und muß* dazu benutzt werden, diese Schranken, auf die die italienische Arbeiterbewegung in den letzten Jahren immer wieder gestoßen ist, zu beseitigen.

Für die Gewerkschaften stellt sich daher das Problem, daß sie den ökonomischen Verteidigungskampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen mit dem offensiven Kampf für die Reformen verbinden müssen. Dabei müssen sie sorgfältig die Balance halten, damit die defensive Initiative die offensive Aktion nicht verhindert, damit also die ökonomischen Kämpfe nicht zu korporativen Interessengefechten werden und die Spaltung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen Groß- und Kleinbetrieben nicht so weit getrieben wird, daß auch die Arbeiterbewegung korporativistisch zu zerfallen droht. Andererseits aber könnte diese Zersplitterung auch bei völliger Aufgabe der ökonomischen Verteidigungskämpfe und einseitiger Ausrichtung auf die offensiven Reformkämpfe eintreten. Denn die Lohnabhängigen würden gruppenweise nach gesellschaftlichem Standort auf eigene Faust zur Verteidigung ihrer Lebensbedingungen übergehen, was sich auch bereits angedeutet hat. Aus dieser Problemstellung folgt, daß die Gewerkschaften in vermehrtem Maß ihre Autonomie gegenüber den politischen Parteien zurückgewinnen müssen, um so das labile Gleichgewicht zwischen defensivem und offensivem Kampf zu halten und damit auch die von Spaltung bedrohte Einheit der Gewerkschaften immer wieder neu herzustellen.

Die Arbeiterbewegung muß also differenziert vorgehen wie es auch ihrer strategischen Tradition entspricht. Doch offenbart sich ein zentrales Problem der Strategie der italienischen Arbeiterbewegung, der KPI und der Gewerkschaften. Denn in der augenblicklichen Krise stellt sich die drängende Notwendigkeit, die vielfach differenzierten Initiativen der Demokratisierungsstrategie zentral zu den anstehenden Reformkämpfen zusammenzufassen, um die Krise zu überwinden. Andererseits aber läßt sich die notwendige Einheit im Kampf nach den Erfahrungen der italienischen Arbeiterbewegung nur „von unten“ in den unmittelbaren Lebensbereichen herstellen, denn der Kampf um demokratische Machtpositionen ist grundsätzlich mit einer merkbaren Verbesserung der Lebensbedingungen einhergegangen. Diese Verbindung in der Krise zu schaffen, stellt eine außerordentliche Schwierigkeit der italienischen Arbeiterbewegung dar. Die zentrale Zusammenfassung der dezentralen differenzierten Initiativen ist der heutige Kreuzweg der Strategie der KPI und der Gewerkschaften. In diesen Widersprüchen muß die italienische Arbeiterklasse einen Lernprozeß durchmachen, der sie in die Lage versetzt, der Protagonist der allgemeinen Interessen der Gesellschaft zu werden, um die kapitalistische Krise zu lösen, *ohne* die ganze Macht in der Gesellschaft übernehmen zu *können*. Die Zeit für diesen Lernprozeß wird durch die Verschärfung der Krise allerdings sehr stark komprimiert, so daß sich der Aktionsraum zusehends zu einer Gratwanderung verschmälert.

(Die Darstellung der konkreten Reformkonzepte der KPI und der Gewerkschaften zur Lösung der Krise erfolgt im zweiten Teil, Prokla 27).